

Dokumentation

DIE ALLDEUTSCHEN UND DIE REGIERUNG BETHMANN HOLLWEG
Eine Denkschrift Kurt Riezlers vom Herbst 1916

„Die Deutschen streben nach nichts Geringerem als der Herrschaft der germanischen Rasse über Europa und die Welt.“ Diese Warnung eines amerikanischen Historikers vor dem drohenden Griff nach der Weltmacht (1913) setzte die Reichsregierung mit dem extremsten Vertreter des wilhelminischen Imperialismus, dem Alldeutschen Verband, ohne weiteres gleich. „Es kann keinen Zweifel geben, daß die Regierung konsequent versucht hat, die öffentliche Meinung zu dessen Gunsten zu beeinflussen.“¹ Der Ausbruch des Weltkrieges schien französischen und englischen Intellektuellen „die Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit dem Alldeutschtum“ zu bestätigen, und sie machten den Kaiser als negative Symbolfigur persönlich dafür verantwortlich. „Die militärische und politische Verschwörung auf Grund der alldeutschen Doktrin wurde von Wilhelm II. ausgeheckt und in Szene gesetzt.“² Die deutsche Linke griff diese These der Identität auf, und Kurt Eisner fragte rhetorisch: „Wer übt – das Spiel wirtschaftlicher Triebkräfte persönlich verlebendigt – in Deutschland den entscheidenden Einfluß auf den Gang der auswärtigen Politik? Niemand anders seit einem Vierteljahrhundert als eben die Alldeutschen.“³ Von Seiten der Regierung wurde diese vereinfachende Gleichsetzung von Anfang an scharf bestritten und als Kolportage abgelehnt. Offiziös hob Hans Delbrück den „ungeheuren Schaden“, der der deutschen Politik dadurch zugefügt wurde, hervor: „Es ist wahr, wir haben in Deutschland die sogenannten Alldeutschen, deren Äußerungen in der fremden Presse immer als Beweis der ungeheuren Eroberungsabsichten Deutschlands zitiert werden. Aber jedermann in Deutschland weiß, daß das zwar eine sehr eifrige, aber gänzlich einflußlose kleine Sekte ist.“⁴ In diesem zeitgenössischen Meinungsstreit um den Einfluß der Alldeutschen kristallisierten sich zwei entgegengesetzte Positionen heraus: einerseits wurde der Verband als ein allmächtiges Gespenst angesehen, andererseits behauptet, er triebe nur impotente Bierpolitik.

¹ Beide Zitate aus Roland G. Usher, *Pan-Germanism*, Boston 1913, S. 1 ff. Die chauvinistische Hetzliteratur auf beiden Seiten des Atlantik ist enorm; vgl. Harry Pratt Judson, *The Threat of German World-Politics*, in: *The University of Chicago War Papers*, No. 1, Chicago 1918.

² André Chéradame, *The Pangerman Plot Unmasked*, New York 1917, S. 5 ff., vgl. auch ders., *The United States and Pangermania*, New York 1918; Hippolyte Loiseau, *Le Pangermanisme*, Paris 1921; Charles Andler, *Les Origines du Pangermanisme*, Paris 1915, und ders., *Pan-Germanism*, Paris, 1915.

³ Kurt Eisner in der *Neuen Zeit* (1915), zitiert in *Alldeutsche Blätter*, 1915, S. 149.

⁴ Hans Delbrück, offener Brief an *Contemporary Review*, 15. April 1911, zitiert in *Alldeutsche Blätter*, 1911, S. 203.

Die erste systematische Arbeit des Delbrückschülers Hobohm, schon während des Krieges als innenpolitische Waffe fertiggestellt, von Bethmann aber nicht freigegeben, polemisierte gegen die „grobe Entstellung der Wahrheit“, gegen die Annahme „deutsch gleich allddeutsch, und allddeutsch gleich deutsch“⁵. Während jedoch Hobohm den negativen Einfluß auf die Reichspolitik eingestand, lehnte die verbandsoffizielle Darstellung von Bonhard jede Verantwortung der Alldutschen für die Politik des „Reichsverderbers“ Bethmann Hollweg ab, die in Niederlage und Revolution enden mußte⁶. „Der indirekte Einfluß des Verbandes war wahrscheinlich größer als seine direkte Wichtigkeit“, so formulierte die strukturell noch immer interessante Dissertation von M. S. Wertheimer, die als erste auf das Paradox hinwies, daß „sein Lärm verhältnismäßig stärker war als seine Größe“⁷. Im Dritten Reich machte die Doktorarbeit von Werner wieder einen methodischen Schritt rückwärts und polemisierte gegen Bethmann, den „Verschleuderer der Kronrechte“, der „seinem ganzen Wesen nach gegen die von den Alldutschen vertretenen Kriegsziele eingestellt war“⁸. Die auf Class' Aufzeichnungen beruhende Nachkriegsuntersuchung von Kruck gab der „nationalen Opposition“ einen Teil der Schuld am Kriegsausbruch und folgerte, daß „ihre unablässige Agitation . . . eine der Hauptursachen“ für den Sieg des Militärs über den Reichskanzler wurde⁹. Wieder stärker ethisch engagiert, legte Fritz Fischer trotz seiner neuerdings differenzierteren Sicht den Hauptakzent auf Kontinuität und Identität zwischen den alldutschen Plänen und der Konzeption Bethmann Hollwegs, da „sich ihre Intentionen in den nächstliegenden Zielen berührten“¹⁰. Gegenüber dem persönlichkeitsgebundenen Erklärungsmodell der Apologeten wie Gerhard Ritter¹¹ argumen-

⁵ Martin Hobohm und Paul Rohrbach, *Die Alldutschen*, Berlin 1919, S. 303 ff., ersch. als Band II der von Rohrbach herausgegebenen Sammlung „Chauvinisten im Weltkrieg“. Nach Rohrbach an Bethmann, 3. April 1916, war die Arbeit ursprünglich von Zimmermann und Hammann angeregt worden, weil „es wahrscheinlich beim Friedensschluß nützlich sein würde, der durch ihre Maßlosigkeit gefährlichen Kritik der Alldutschen an allen Regierungshandlungen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik begegnen zu können“; Deutsches Zentralarchiv Potsdam, (künftig: DZA Po) Rkz 1417.

⁶ Otto Bonhard, *Geschichte des Alldutschen Verbandes*, Leipzig 1920, S. 24 ff.

⁷ Mildred S. Wertheimer, *The Pan-German League 1890–1914*, New York 1924, S. 213 ff.

⁸ Lothar Werner, *Der Alldutsche Verband 1890–1918*, Berlin 1935, S. 238 ff.

⁹ Alfred Kruck, *Geschichte des Alldutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954, S. 218 ff.

¹⁰ Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961, S. 117, und ders., *Der Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969, S. 739 ff. Vgl. meinen Aufsatz, *World Power or Tragic Fate? The Kriegsschuldfrage als Historical Neurosis*, in: *Central European History*, März 1972, S. 71–92.

¹¹ Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk, Band 3: Die Tragödie der Staatskunst, Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914–1917)*, München 1964, S. 584 ff. Für die stark angeschwollene Literatur der Kontroverse siehe W. J. Mommsen, *The Debate on German War Aims, in: 1914, The Coming of the First World War*, New York 1966 (pb. Edition); James Joll, *The Debate Continues: Fritz Fischer and his Critics*, in: *Past and Present* 34 (1966), S. 101 ff.; John A. Moses, *The War Aims of Imperial Germany*, Professor Fritz Fischer

tierte eine marxistische Dissertation (und der darauf aufgebaute Handbuchartikel), daß eine bewußte Arbeitsteilung bestanden habe, da „zwischen dem Verband und dem junkerlich-bürgerlichen Staat . . . grundsätzliche Übereinstimmung in dem Ziel, die imperialistische Klassenherrschaft zu sichern“, herrschte¹².

Die neueste Forschung sieht also den erbarmungslosen Kampf zwischen dem gemäßigten Kanzler und den chauvinistischen Alldeutschen als ein großes Mißverständnis: Bei prinzipieller Einigkeit im Endziel ging die Auseinandersetzung nur um taktische Fragen. Da diese ethisch-strukturalistische These aber dem subjektiven Bewußtsein der politischen Akteure Gewalt antut, muß die Frage nach dem präzisen Grad des Einflusses der Alldeutschen auf die Regierung Bethmann Hollweg erneut gestellt werden.

Dabei ergeben sich fruchtbare Perspektiven, wenn man den Alldeutschen Verband, seinem Selbstverständnis folgend, als Agitationsorganisation oder klarer als Pressure Group betrachtet¹³. Eine Aufklärungsschrift vom Sommer 1916 argumentierte unzweideutig: „Deshalb gilt die Arbeit des ADVs den Staatsfragen im allgemeinen nur soweit, als sie sich auf Behauptung des deutschen Volkes inmitten der anderen Völker beziehen, also den Fragen der äußeren Politik; die innerstaatlichen Fragen treten für ihn meist zurück, er stellt deshalb keine innerstaatliche Partei dar, will und kann zu einer solchen auch niemals werden.“¹⁴ Da die systematische Anwendung sozialwissenschaftlicher und politologischer Kategorien auf historische Fragestellungen zwar vielversprechende Teilergebnisse, aber noch keine abschließende Gesamtkonzeption ergeben hat, können hier nur einige Problemkreise skiz-

and his Critics, St. Lucia, Queensland/Australien, 1968; Wolfgang Schieder, *Erster Weltkrieg, Ursachen, Entstehung und Kriegsziele*, Köln 1969; W. H. Koch, *The Origins of the First World War, Great Power Rivalry and German War Aims*, New York 1972; J. Geiss u. B. Wendt (Hrsg.), *Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts*, Düsseldorf 1973.

¹² Edgar Hartwig, *Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes von seiner Gründung bis zum Beginn des 1. Weltkrieges (1891–1914)*, Diss. Jena 1966; vom selben Verfasser, *Alldeutscher Verband (ADV) 1891–1939*, in: Dieter Fricke (Hrsg.), *Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland*, Berlin 1968, Band 1, S. 1 ff. Hartwig ist der erste, der seine Darstellung auf den Verbandsakten im Deutschen Zentralarchiv Potsdam und dem Nachlaß des stellvertretenden Vorsitzenden Freiherrn von Gabsattel aufbaut.

¹³ Für den begrifflichen Rahmen siehe D. Truman, *The Governmental Process, Political Interests and Public Opinion*, New York 1951; S. E. Finer, *Anonymous Empire, A Study of the Lobby in Great Britain*, London 1958; H. W. Ehrmann, *Interest Groups on Four Continents*, Pittsburgh 1958 (mit einem Aufsatz von W. Hirsch-Weber über die Bundesrepublik); Harry Eckstein und David E. Apter, *Comparative Politics*, London 1963 (besonders die Essays von Eckstein, S. 389 ff., 408 ff.); und Peter H. Merkl, *Modern Comparative Politics*, New York 1970, speziell Kapitel VI. Für die Anwendung dieser Begriffe auf historisches Material vgl. G. Schulz, *Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung*, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 2 (1961), S. 124 ff., und Thomas Nipperdey, *Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg*, ebenda, S. 262 ff.

¹⁴ *Der Alldeutsche Verband, Eine Aufklärungsschrift*, Berlin 1916, versandt als Beilage der *Täglichen Rundschau*, der *Deutschen Tageszeitung* und der *Hamburger Nachrichten*, Exemplar in DZA Fo Rkz 1418 für das obige und das folgende Zitat.

ziert werden, die weiterer Analyse bedürfen. Als Typus geprägt von der paradoxen „industriellen Feudalgesellschaft“ des Zweiten Reiches¹⁵ stellt der ADV eine Mischung dar zwischen völkisch-imperialistischer Ideologie und der Assoziationsform einer Förderungsgesellschaft, die nicht im eng wirtschaftlichen Sinne Interessenverband wie der Centralverband deutscher Industrieller oder der Bund der Landwirte war, sondern eher weltanschaulich-politische Ziele mit missionarischem Eifer propagierte: „Diesen höchsten und wertvollsten nationalen Sinn, in dem klare Erkenntnis, rechte Kenntnisse und starker Wille vereint erscheinen, dem deutschen Volke zu eigen zu geben, bis womöglich jeder Deutsche ihn erworben hat, das ist die Grundaufgabe, die sich der Alldeutsche Verband gestellt hat.“ Konkret hieß das: Sorge für das Auslandsdeutschtum, Förderung deutscher Bildungswerte zu Hause, Nationalitätenkampf in den Grenzmarken, Unterstützung einer kraftvollen Weltpolitik, Eroberung von größeren Kolonien und europäischem Siedlungsland, Erhaltung des preußisch-deutschen Heeres und vor allem Ausbau der Schlachtflotte. Diese eigentümliche Verbindung von anti-modernem (anti-katholischem, anti-sozialistischem, anti-semitischem) Programm und den Agitationsmethoden einer modernen Propagandaorganisation stellt eine besondere Übergangsstufe in der Verwandlung von konservativer in revolutionäre Rechte dar¹⁶.

Als Pressure Group war der ADV zwar nicht so erfolgreich wie er es selbst hoffte, hatte aber doch mehr Einfluß, als es seine fortschrittlichen Gegner wünschen konnten. Um politische Entscheidungen im völkischen Sinne zu bestimmen, wandte sich der Verband zunächst an die entscheidenden Machtfaktoren des Zweiten Reiches, den Kaiser, die Regierung und die Bürokratie. Durch Vertraute seiner Umgebung wie Admiral Grumme-Douglas versuchte der ADV Wilhelm II. persönlich in sein Fahrwasser zu ziehen, was ihm beim Kaiser weitgehend nur rhetorisch, aber bei dem labileren Kronprinzen durch den erkonservativen Ratgeber Maltzahn auch praktisch gelang¹⁷. Da die Reichskanzler sich, wie Bülow, früher oder später

¹⁵ Terminus von Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 72. Vgl. auch das Schrifttum bei James J. Sheehan, *Germany 1890–1918: A Survey of Recent Research*, in: *Central European History* 1 (1968), S. 345 ff.; Hans Herzfeld, 1862–1918, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 21 (1970), S. 183 ff., und Volker Bergahn, *Das Kaiserreich in der Sackgasse*, in: *Neue Politische Literatur* 16 (1971), S. 494 ff.

¹⁶ Hans Rogger und Eugen Weber (Hrsg.), *The European Right, A Historical Profile*, Berkeley 1965, und A. J. Mayer, *Dynamics of Counterrevolution in Europe 1870–1956*, New York 1971. Für die deutschen Verhältnisse siehe besonders Hans-Jürgen Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914)*, Hannover 1966, und Hartmut Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der wilhelminischen Gesellschaft, Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914*, Berlin 1967; Puhles Aufsatz, *Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890–1914*, in: M. Stürmer (Hrsg.), *Das Kaiserliche Deutschland (Düsseldorf, 1970)*, S. 340 ff., behandelt die imperialistischen Agitationsverbände leider nur am Rande.

¹⁷ Kruck, *Alldeutscher Verband*, S. 49; Paul Herre, *Kronprinz Wilhelm, Seine Rolle in der Deutschen Politik*, München 1954, S. 51 ff. Vgl. auch K. H. Janssen (Hrsg.), *Die graue Exzellenz, Zwischen Staatsräson und Vasallentreue*, Frankfurt 1971, S. 149 ff.

über „die Angriffe der Alldutschen Presse“, die ihre Außenpolitik erschwerten, zu beklagen pflegten¹⁸, versuchte der Verband auch an die Reichsämtler und die Bürokratie heranzukommen. Mit Ausnahme der berüchtigten Marokko-Kooperation zwischen Kiderlen-Waechter und Class, bei der noch immer nicht ganz feststeht, wer wen benützte¹⁹, blieb aber das Verhältnis zur Wilhelmstraße gespannt, lediglich mit dem Reichsmarineamt unter Admiral Tirpitz kam es zu einer engeren propagandistischen Zusammenarbeit²⁰. Infolge der überwiegenden Mißerfolge auf höchster Ebene sah sich der ADV gezwungen, sich als „nationale Opposition“ zu deklarieren und weniger durch Kontakte, Konsultationen oder Verhandlungen als durch massiven Druck der öffentlichen Meinung auf Regierungsentscheidungen einzuwirken. Daher war der innere Aufbau des Verbandes auf möglichst große Agitationswirkung in der Öffentlichkeit abgestellt; er versuchte weniger durch massive numerische Stärke, als durch Überzeugung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Führungsschichten sein Programm zu realisieren. Da die in der Vorkriegszeit zeitweise rückläufigen Mitgliederzahlen erst 1917 35 000 überschritten, verstand sich der Verband in Class' Worten nicht als Massenorganisation, sondern als „ein national-politisches Offizierkorps“. Ebenso waren die finanziellen Mittel, die vor 1914 weitgehend aus Mitgliederbeiträgen, Publikationserlösen u. a. bestanden, nicht eben groß, wenn man von speziellen Sammlungen wie dem Wehrschatz, an dem sich auch die Industrie stärker beteiligte, absieht. Die Auflagen der verbandseigenen Publikationen – wie Alldutsche Blätter, Deutschlands Erneuerung, Handbuch des ADV – blieben weit unter den Mitgliederzahlen, und nur einzelne Krisenpamphlete wie Class' „West-Marokko deutsch“ erreichten eine Massenverbreitung. Nach den Reichstagswahlen von 1912 verloren die Alldutschen 19 Abgeordnete und gingen auf 15 von 397 zurück, gewiß kein entscheidender Anteil, auch wenn die nationalliberalen Führer, Bassermann und Stresemann, und einige Splittergruppen der Rechten mit den Zielen des ADV sympathisierten. Verglichen mit dem Bund der Landwirte oder dem Flottenverein war der ADV

¹⁸ Bülow im Staatsministerium am 12. Februar 1909, DZA Po Rkz 1415: „Der Alldutsche Verband sei überhaupt eine Crux für unsere auswärtige Politik. Er habe im Gegensatz zu ähnlichen Vereinigungen in anderen Ländern, z. B. der Alliance Française, die sich nie in die hohe Politik mische, aber in allen Teilen der Welt französische Schulen gründe und dadurch mit Erfolg französisches Wesen verbreite, noch nichts Praktisches geleistet. Dagegen verstehe er es, alle Nationen gleichzeitig vor den Kopf zu stoßen. Besonders erschwere die alldutsche Presse unser Verhältnis zu Österreich, indem sie immer wieder an 1866 erinnere.“

¹⁹ Vergleiche die Versionen in Ernst Jäckh, Kiderlen-Wächter, Der Staatsmann und Mensch, Berlin 1925, Bd. 2, S. 119 ff., und H. Class, Wider den Strom, Leipzig 1932, S. 182 ff. Die Kiderlen-Papiere in der E. M. House Collection der Yale University Library enthalten über diesen Punkt keine Überraschungen; auch das Riezler-Tagebuch ist nicht eindeutig. Siehe aber E. Hartwig, Alldutscher Verband, a. a. O., S. 4 ff., für neue Zitate aus den Alldutschen Akten, und Joanne St. Mortimer, Commercial Interests and German Diplomacy in the Agadir Crisis, in: Historical Journal 10 (1967), S. 440 ff.

²⁰ Volker Berghahn, Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II, In: Hist. Ztschr. 210 (1970), S. 34 ff., und seine Habilitationsschrift, Der Tirpitz-Plan, Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II, Düsseldorf 1971.

nur einer unter verschiedenen Agitationsverbänden des Wilhelminischen Reiches, und nicht einmal der stärkste²¹.

Die Erklärung für die eklatante Diskrepanz zwischen den begrenzten Mitteln und der dramatischen Wirkung des Alldeutschen Verbands liegt in drei verschiedenen, jedoch miteinander verbundenen Faktoren. Die zahlenmäßigen und finanziellen Grenzen des ADV bildeten kein Hindernis, weil er nach Eckart Kehrs Formel als „eine Art politisch-ideologischer Holding Company“ der anderen imperialistischen Propagandaorganisationen wie Flotten-, Wehr-, Kolonial- und Ostmarkenverein, wie dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie fungierte, obwohl das Ziel einer endgültigen organisatorischen Sammlung des nationalen Bürgertums aus inneren Rivalitäten und aus Gründen der Begriffsunschärfe, wer dazu zu rechnen sei, nie ganz erreicht wurde. Da der ADV teils bei Gründung der Vereine Pate gestanden hatte, teils personell im Vorstand vertreten war, teils korporatives Mitglied war oder solche hatte, teils die Mitglieder selbst mit ihnen teilte, besaß der ADV eine Sonderstellung unter den chauvinistischen Massenverbänden, die ihm erlaubte, weit größere Teile der organisierten Rechten zu erreichen, als seine eigene Größe vermuten ließ. Diese zentrale Position wurde noch durch eine starke Stellung in der Presse unterstrichen. Trotz der geringen Auflagen der verbandseigenen Blätter stand den alldeutschen Schriftstellern der Zugang zu den nationalen und konservativen, den agrarischen und schwerindustriellen Zeitungen offen, so daß die „Post“, die „Tägliche Rundschau“, die „Deutsche Tageszeitung“, und eine ganze Reihe von Provinzblättern, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, ihre Anschauungen in der weiteren Öffentlichkeit verbreiteten. Obwohl die Reichstagsparteien sich oft von den brutalen Methoden der Alldeutschen distanzieren, die sie als patriotische Hitzköpfe belächelten, verfolgten doch die Nationalliberalen und die Konservativen in einer Reihe von Vorkriegskrisen eine außenpolitische Linie, die den Einfluß alldeutscher Agitation nicht verleugnen konnte. Der ADV agierte daher als Pressure Group innerhalb der weiteren Rechten, welche er immer wieder agitatorisch extremisierte und deren Zusammenarbeit mit einer gemäßigten Regierungspolitik er dadurch verhinderte²².

Neben dieser organisatorischen Sonderstellung ist die soziale Zusammensetzung des Alldeutschen Verbandes ein wichtiges Indiz für seine Einflußmöglichkeiten. Die marxistische These, daß der ADV „die politische Konzeption der reaktionärsten, aggressivsten Teile des Monopolkapitals“ d. h. der Schwerindustrie und des Junker-

²¹ Heinrich Class, *Wider den Strom, Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich*, Leipzig 1932, S. 131 ff., und die *Eigendarstellung, 20 Jahre Alldeutsche Arbeit und Kämpfe*, Leipzig 1910.

²² Eckart Kehr, *Die Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda*, in: *Die Gesellschaft*, Berlin 1928 II, S. 225 f. Die Dissertationen der Fischerschüler Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1897–1918*, Köln 1970, und Klaus Wernecke, *Der Wille zur Weltgeltung, Außenpolitik und Öffentlichkeit am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Düsseldorf 1971, liefern wichtiges neues Material für diese Sicht.

tums vertrat, ist zwar zumindest, was die Berufsgliederung der Mitglieder betrifft, irreführend²³. Nach Wertheimers Feststellungen für 1901 waren 50 % Akademiker und Angehörige freier Berufe, über 25 % Geschäftsleute, über 20 % waren dem alten und neuen Mittelstand zuzurechnen, und der Rest nicht identifizierbar²⁴. Wenn man zum Beispiel die Führungsspitze auf Grund der 47 Vorstandsmitglieder betrachtet, die an der Sitzung vom 24. Oktober 1915 teilnahmen, so befinden sich darunter 11 Professoren oder Gymnasiallehrer, 5 Rechtsanwälte, 4 Justizbeamte, 4 Regierungsbeamte, 3 Offiziere und 5 andere Akademiker, während nur 6 Kaufleute, 5 Industrielle und 4 andere Besitzbürger auftauchen. Anders ausgedrückt gaben 14 den Dokortitel an, 25 waren Beamte und 8 gehörten zu freien Berufen, d.h. gut 70 % der Leitung waren Bildungsbürger. Demgegenüber blieben die Adeligen Gebstadel und Stoessel (stellvertretende Vorsitzende) und Vietinghoff-Scheel (der Geschäftsführer) weitgehend die in einem neofeudalen Sozialklima nötige Dekoration. Obwohl bei den 221 Ortsgruppenvertretern (und Gästen) nur 161 beruflich zu ermitteln waren und die Zahlen daher lediglich einen ungefähren Eindruck vermitteln, kommt auch hier die gleiche Tendenz zum Durchbruch: 68 Bildungsbeamte, 30 Freie Akademiker, 36 Besitzbürger und 4 vom Mittelstand (darunter ein Zimmermeister – von Arbeitern natürlich keine Spur!). Der Anteil des Adels mit 12 von 221, d.h. um 5 %, ist zu gering, um die Behauptung, daß der ADV eine Junkerorganisation war, zu rechtfertigen. Wenn man von den 49 Dokortiteln noch die 22 berücksichtigt, die keinen weiteren Beruf angaben, kommt man insgesamt auf 126 Akademiker aus 161 Honoratioren, d.h. in der mittleren und unteren Führung ist der Prozentsatz noch höher als beim Vorstand!²⁵ Diese Unterrepräsentation von kapitalistischen und landwirtschaftlichen Elementen regt die Hypothese an, daß der ADV personell eher ein ideologisches Sammel-

²³ Hartwig, *Alldeutscher Verband*, a.a.O., S. 3 ff. Vgl. auch W. Gutsche (Hrsg.), *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Berlin 1968, Band 2, und seinen Aufsatz, *Zum Funktionsmechanismus zwischen Staat und Monopolkapital in Deutschland in den ersten Monaten des Ersten Weltkrieges (1914-1915)*, in: *Jb. für Wirtschaftsgesch.*, 1973, No. I, S. 63-98.

²⁴ Wertheimer, *The Pan-German League*, S. 65 ff.; Werner, *Der Alldutsche Verband*, S. 64, gibt eine weitere Zahlenreihe für die Vorstandsmitglieder von 1917: 97 Bildungsbürger, 37 Besitzbürger, 4 Mittelstand, 4 ohne Angabe, d.h. knapp unter 70 % Bildung, über 25 % Besitz und 2 % Mittelstand! Kruck, *Geschichte des Alldutschen Verbandes*, S. 13 ff., spart sich die Arbeit.

²⁵ Das Dokument, auf dem diese Berechnungen beruhen, ist ein interner Bericht der Gesamtvorstandssitzung vom 24. X. 1915, in DZA Po Rkz 1416. Die Kategorien sind erklärt in meinem Aufsatz, *The Sources of German Student Unrest, 1815-1848*, in: Lawrence Stone (Hrsg.), *University and Society*, Princeton 1973. Das wichtigste Prinzip, in dem sich die Klassifizierung von der traditionellen Stratifizierungsanalyse Th. Geigers (etwa in: *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes*, Stuttgart 1932) und M. Janowitz, *Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 10 (1958), unterscheidet, ist der Gebrauch von sozialen Begriffen, die dem Selbstverständnis der zeitgenössischen Gruppierungen entsprechen und nicht ihnen analytisch wie „Upper-Upper“ etc. aufgepropft sind. Vgl. jetzt auch J. Kocka, *The First World War and the 'Mittelstand': German Artisans and White Collar Workers*, in: *Journal of Contemporary History* 8 (1973), S. 101-123.

becken des chauvinistischen Bildungsbürgertums darstellt, als eine Interessenfront des schwerindustriell-junkerlichen Bündnisses, obwohl das nicht heißt, daß sein scharfmacherischer Imperialismus nicht auch deren Interessen vertreten haben kann. Im Ersten Weltkrieg war das Bildungsbürgertum nicht mehr national-liberale Vorhut wie im Vormärz, sondern eine imperialistische Nachhut, vom neuen Mittelstand und dem Proletariat bedrängt, und daher allzu oft bereit, den bestimmenden agrarisch-industriellen Elementen der Elite Handlangerdienste zu erweisen²⁶.

Darüber hinaus machte eine tiefe Strukturkrise des Zweiten Reiches die politisch tragenden Schichten für alldeutsche Ideologie anfällig²⁷. Die wachsende Tendenz zu Demokratisierung und sozialen Reformen und die damit verbundene Stärkung der Linken führte zu einem Polarisierungsprozeß, in dem die Mitte zerrieben wurde, und die Rechte nach immer härteren Lösungen rief, um durch innere Reaktionen die Erosion ihrer Vormachtstellung zu stoppen und durch eine forcierte Weltpolitik die Spannungen nach außen abzuleiten. Diese tiefe psychologische Unsicherheit der wilhelminischen Gesellschaft, die von den Auswirkungen der erfolgreichen Einigung und dem raschen Wirtschaftsaufstieg herrührte, machte extreme Lösungsvorschläge wie die Präventivkriegsideen General von Bernhardis allzu eingänglich²⁸. Der alldeutsche „Bestseller“ im engeren Sinne aber war Class' „Wenn ich der Kaiser wär – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“, der von Ostern 1912 bis Februar 1914 25 000 Exemplare erreichte und sich auch im Krieg weiter gut verkaufte. Unter dem Pseudonym Daniel Frymann, versuchte der Vorsitzende des ADV „die führende Schicht unseres Volkes von der Notwendigkeit der Reichsreform zu überzeugen“ und zur rettenden Tat, d. h. dem Staatsstreich aufzurufen, da das Volk „nur durch den machtvollen Willen eines Diktators zur Ordnung zurückgebracht werden kann“. Abschaffung des gleichen Wahlrechts, Kampf gegen den Umsturz, die Juden unter Fremdenrecht, entschlossene Kampfpolitik gegen Polen,

²⁶ Fritz Ringer, *The Decline of the German Mandarins*, Cambridge, Mass. 1969, W. Schwabe, *Wissenschaft und Kriegsmoral, Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des ersten Weltkrieges*, Göttingen 1969, und John A. Moses, *Pan-Germanism and the German Professors 1914–1918*, in: *Australian Journal of Politics and History* 15 (1969), S. 45 ff., deuten in diese Richtung. Aber die vernachlässigten sozialen Ursachen für den erschreckenden Einbruch völkischen Gedankenguts in die Sphäre des traditionellen Neuhumanismus bedürfen noch der genaueren Erforschung.

²⁷ Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode, *Die unentschiedene Generation, Deutschlands konservative Führungsschichten am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, München 1968; Michael Stürmer (Hrsg.), *Das Kaiserliche Deutschland*, Düsseldorf 1970; Peter Christian Witt, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913, Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschlands*, Lübeck 1970; und Hans-Ulrich Wehler, *Krisenherde des Kaiserreichs, 1871–1918*, Göttingen 1970.

²⁸ Friedrich von Bernhardi, *Deutschland und der nächste Krieg*, Stuttgart 1913, hatte 1917 schon die sechste Auflage erreicht. Siehe dort Seite 179 ff. für das Schlagwort: „Weltmacht oder Niedergang wird für uns die Losung lauten.“ Für ein ähnliches Erklärungsmodell vgl. G. Schmidt, *Innenpolitische Blockbildungen in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 20/72 (13. Mai 1972), S. 3–32.

Dänen und Franzosen, sowie Reagrarisierung als Grundlage für eine „tätige äußere Politik, sagen wir ruhig eine aggressive“ mit Expansionszielen in Europa und Übersee, das war Class' erschreckender Machttraum, der von weiten Kreisen des Bürgertums „in Erwartung des Führers“ nachvollzogen wurde²⁹. Daß diese Pläne aber nicht die krankhaften Phantasien eines extremistischen Gehirns blieben, beweist die Denkschrift des Generals Gebattel mit dem Titel „Gedanken über einen notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands“, die dem Kronprinzen und dadurch auch dem Kaiser im Herbst 1913 vorgelegt wurde. Wahlrechtsänderung und Lösung der Judenfrage waren die Kernpunkte, begleitet von Vorschlägen für eine Pressegesetzgebung, die die sozialistische und demokratische Agitation ausschalten und der Regierung mehr Einfluß sichern sollte³⁰. Trotz ihrer scharfen Ablehnung durch Wilhelm II. und Bethmann zeigen diese Ideen, daß die von sozialem und demokratischem Umsturz bedrängten Eliten sich in einer allgemeinen ideologischen Unsicherheit befanden, die sie für die Radikalkuren der Alldeutschen in Außen- und Innenpolitik immer empfänglicher machte.

Ironischerweise war das spezifische Verhältnis zwischen dem Alldeutschen Verband und der Regierung Bethmann Hollweg am Anfang durchaus gut. Auf Class' Vorschlag, „daß es an sich der natürliche und erwünschte Zustand sei, wenn die Summe von gutem Willen und von geistigen Kräften, über die ein in der Hauptsache aus den unabhängigen Schichten des gebildeten Mittelstandes zusammengesetzter großer nationaler Verein, wie der unsere, doch verfügt, in stillschweigendem Einverständnis mit der Regierung wirken könnte“, antwortete Bethmann höflich: „Den Bestrebungen Ihrer Vereinigung werde ich, wie bisher, mein lebhaftes Interesse zuwenden, und es mit Freude begrüßen, wenn die Betätigung der in ihr gefaßten Kräfte dazu führt, der verantwortlichen Staatsleitung die Wege, die sie gehen muß, [zu] ebnen.“ Dieser Versuch, die extreme Rechte für „Ruhe und Mäßigung“ zu erwärmen, schlug fehl, weil der ADV im Winter 1909 Botschafter Bernstorff (der dessen Einfluß offiziell als geringfügig dargestellt hatte) und das Auswärtige Amt angriff. Dadurch sah sich Bethmann gezwungen, in der Norddeutschen Allg. Zeitung zu erklären: „Es ist unverantwortlich, daß von Gliedern einer Organisation, die wie der Alldeutsche Verband, nach ihren Satzungen im nationalen Sinne wirken will, gegen eine Reichsbehörde so unwürdige und beweislose Anschuldigungen geschleudert werden.“³¹ In der elsäß-lothringischen

²⁹ Daniel Frymann (Pseud. für Heinrich Class), Wenn ich der Kaiser wäre – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 5. erweiterte Auflage Leipzig 1914, mit zwei neuen Schlußkapiteln, „Die Probe“ und „Die Reihen schließen sich“.

³⁰ Gebattel-Denkschrift in DZA Po ADV 204, zitiert in Hartmut Pogge-v. Strandmann, Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg, in: Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 2, 1965, S. 1 ff., und Kurt Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende, Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Berlin 1960, S. 290 ff.

³¹ Class an Bethmann Hollweg, 19. August 1909, und Bethmann an Class, 26. August 1909, DZA Po Rkz 1415. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Notiz, 4. Februar 1910 und Alldeutsche Blätter, 12. Februar 1910: „Der Reichskanzler und der Alldeutsche Verband.“ In der Ausgabe vom 17. Juli 1909 begrüßte Ernst zu Reventlow den neuen Kanzler: „Und so er-

Verfassungsreform, der Polenpolitik, der Preußischen Wahlrechtsfrage und den Flottenverhandlungen mit England brach ein Gegensatz auf, den die Marokkofrage und die Reichstagswahl von 1912 unüberbrückbar machten. Die Alldeutschen Blätter begannen einen immer wiederkehrenden Refrain über „die Schwäche der Regierung, ihre Ziel- und Willenlosigkeit“ bis „V“ (Vietinghoff-Scheel?) in der Zabernaffäre frei nach Schiller klagte: „Nacht muß es sein, wenn Bethmanns Sterne strahlen.“³² Auch der Kanzler nahm in seiner privaten Korrespondenz kein Blatt vor den Mund, als ein „hyperkluger Alldeutscher“ vor seiner Versöhnungspolitik Rußland gegenüber gewarnt hatte, schrieb er: „Aber mit diesen Schafsköpfen ist eben keine Politik zu machen. Im Gegenteil. Im Verein mit anderen Faktoren machen sie uns schließlich jede verständige Politik unmöglich.“ Je klarer des Kanzlers zaghafter Reformkonservatismus in der Innenpolitik und sein indirekter, wirtschaftlich-kultureller Imperialismus in der Außenpolitik wurden, desto stärker entfremdeten sie die Alldeutschen trotz teilweiser Übereinstimmung in den Endzielen. „Wir müssen aber an allen Polen mit Geduld und Ruhe vorantreiben, um allmählich das Kapital an Vertrauen zurückzugewinnen, ohne welches wir uns weder politisch noch wirtschaftlich konsolidieren können,“ schrieb Bethmann in der für seine Mentalität typischen Diktion. „Das paßt zwar der Hurrahstimmung unserer unverantwortlichen Politiker nicht, ist aber, wie ich nach wie vor überzeugt bin, der einzig für uns mögliche Weg. Dann werden wir auch größere koloniale und Welthandelsbestrebungen verwirklichen können, ohne dafür unsere Existenz aufs Spiel setzen zu müssen.“³³ Im Sommer 1914 waren die Berührungspunkte des gemeinsamen Engagements für Weltpolitik und des Strebens nach innerer Ordnung so stark von dem Gegensatz in Methoden überschattet, daß die Alldeutschen als ihre oberste Aufgabe den „Kampf um die *Beseitigung dieses unheilvollen Mannes*“³⁴ ansahen.

blicken wir eine zweite große Aufgabe der Gegenwart für den Alldeutschen Verband in dem Bestreben, die Reichsregierung zu stärken, sofern ihre Vertreter und zumal der neue Reichskanzler den Willen zeigen, einen ausgesprochen nationalen Weg zu wandeln und den Wünschen der Parlamentsherrschaft entgegen zu treten.“

³² „V.“, „Nach der Wahl“, in Alldeutsche Blätter, 20. Jan. 1912; „V.“, „Nacht muß es sein, wenn Bethmanns Sterne strahlen“, ebenda, 27. Dezember 1913.

³³ Bethmann an Pourtalès, 30. Juli 1912, AA Nachlaß Pourtalès. Bethmann an Eisendecker, AA Nachlaß Eisendecker. Die beste Einführung in die Bethmann-Literatur ist Klaus Hildebrands historiographischer Essay: Bethmann Hollweg, Der Kanzler ohne Eigenschaften? Urteile der Geschichtsschreibung, Eine kritische Bibliographie, Düsseldorf 1970. Vgl. auch G. Zmarzlik, Bethmann Hollweg als Reichskanzler, 1909–1914, Düsseldorf 1957; Wolfgang J. Mommsen, Die Außenpolitik Bethmann Hollwegs als Problem der politischen Führung 1909–1914, Habilitationsschrift Köln 1967; Willibald Gutsche, Die Beziehungen zwischen der Regierung Bethmann Hollweg und dem Monopolkapital in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges, Habilitationsschrift Berlin 1967; und Eberhard von Vietsch, Bethmann Hollweg, Staatsmann zwischen Macht und Ethos, Boppard 1969.

³⁴ Bonhard, Geschichte des ADV, S. 36. Für eine kritische Neubetrachtung des ganzen Bethmann Problems vgl. auch meine Studie, The Enigmatic Chancellor, Bethmann Hollweg and the Hybris of Imperial Germany, New Haven 1973.

Da alle Versuche, nach Kriegsausbruch den Burgfrieden in eine eindeutig annexionistisch-reaktionäre Sammlung umzubiegen, fehlgeschlugen, stellte sich der Alldeutsche Verband an die Spitze der Opposition gegen die Politik der Diagonale und übernahm schließlich die Führung der Kanzlerfronde. Da das anschließende Dokument diesen Prozeß genügend veranschaulicht, sollen hier nur einige Hauptpunkte der Reaktion Bethmann Hollwegs festgehalten werden. Um seine bürokratische Konsensuspolitik, d. h., wie er es verstand, den „inneren Frieden“³⁵ zu verteidigen, standen ihm unter dem Belagerungszustand die Zensur und die Versammlungsbeschränkungen zur Verfügung, die sich aber wegen ihrer einseitigen Handhabung durch die kommandierenden Generäle der Korpsbezirke als ein ziemlich stumpfes Schwert erwiesen³⁶. Obwohl der Kanzler durch weitgehende Zusicherungen gegenüber Parlamentariern und Wirtschaftsführern und durch eine positive Informationspolitik unter Hammann alle Bedenken gegen sein Verlangen nach „Sicherheiten und Garantien“ zu zerstreuen versuchte, kam es bald zu Konfrontationen mit Class über die Kriegszielagitiation. Bethmann ließ in einem Schreiben an diesen keinen Zweifel daran, „daß eine Propaganda Ihrer Ideen im gegebenen Zeitpunkt im höchsten Maße unerwünscht“ sei, und daß jeder Patriot seine persönlichen Anschauungen unterordnen „und sich nicht auf eine Agitation versteif[en sollte], solange sie von den verantwortlichen Stellen als für das allgemeine Kriegsziel schädlich erachtet“ werde³⁷. Trotz vertraulicher Parteiführerbesprechungen in der Reichskanzlei und der versuchten Bloßstellung alldeutscher Handlanger wie Bassermann gelang es dem Kanzler nicht, die Erosion des Vertrauens der frustrierten Eliten aufzuhalten, da er auf das wirksamste Mittel, die Klarstellung der militärischen Lage, verzichtete, um die Siegeszuversicht nicht zu brechen. „Aufklären über die militärische Situation kann ich die Petenten [d. h. den Kriegs-

³⁵ F. Thimme (Hrsg.), Vom inneren Frieden des deutschen Volkes, Berlin 1916, eine Propagandaschrift für die Kanzlerpolitik; Wolfgang J. Mommsen, Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917, in dieser Zeitschrift 17 (1970), S. 117, ist die beste Darstellung dieser Materie. Die Erforschung der Innenpolitik während des Krieges ist weitgehend vernachlässigt worden. Vgl. auch Gerald Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918*, Princeton 1966.

³⁶ Johanna Schellenberg, Probleme der Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg, Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen Deutschlands von 1914 bis 1916, Diss. Berlin 1967; Wilhelm Deist, *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*, Düsseldorf 1970, 2 Bände; ferner Kurt Koszyk, *Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1968.

³⁷ Bethmann an Class, 6. Februar 1915 und 31. März 1915, DZA Po Rkz 1415 und Class, Wider den Strom, S. 386ff. Für eine Reihe von ähnlichen Disputen siehe das Material in DZA Po Rkz 2437/5ff. Vgl. auch Oberst Bauer „Bemerkungen über den Reichskanzler“ und andere Dokumente im Bundesarchiv (BA), Nachlaß Bauer, sowie ders., *Der Große Krieg in Feld und Heimat*, Tübingen 1921; H. Weber, *Ludendorff und die Monopole*, Berlin 1966; und W. J. Mommsen, *L'Opinion allemande et la chute du gouvernement Bethmann Hollweg en juillet 1917*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 16 (1969), 59ff. Vgl. auch die sächsische Sammlung von Presseauschnitten der Fronde, Sächs. Hauptstaatsarchiv (SHSTA) AM No. 1095.

ausschuß der deutschen Industrie] nicht. Entweder sie bezeichnen mich des Flau-machens, oder sie werden selbst ängstlich. Beides können wir nicht brauchen. Die Aufklärung kann nur ganz allmählich durch die militärischen Ereignisse selbst stattfinden.“³⁸ Durch Flucht in die Öffentlichkeit und Denunzierung der „Piraten der öffentlichen Meinung“ versuchte er sein schwindendes Prestige zu festigen und durch die Gründung eines Deutschen Nationalausschusses als „Phalanx der Vernunft“ eine Massenbasis für seine Politik zu schaffen. Als all diese Mittel nichts fruchteten, griff Bethmann zu einer letzten, verhängnisvollen Maßnahme, der Ernennung der Dioskuren Hindenburg und Ludendorff, die er bei Wilhelm II. schließlich durchsetzte. Aber die Hoffnung, „daß die Tatsache des nun herrschenden guten persönlich-sachlichen Einvernehmens zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Heeresleitung auch auf die unerquicklichen Kämpfe im Innern gut wirken wird“, trog, denn die Dritte OHL wurde allzu bald selbst zum Sturmbock der Fronde! Trotz Bethmanns hartem Kampf trug die alldeutsche Agitation – das rechtsextreme Gegenstück der Spartakuspropaganda – wesentlich zu der Entstehung einer Vertrauenskrise bei, der der fünfte Kanzler in der Julikrise 1917 zum Opfer fiel³⁹.

In diesem mit rücksichtsloser Schärfe geführten Machtkampf zwischen Regierung und Alldeutschen ist Riezlers Denkschrift vom September 1916 ein wertvolles Zeugnis für die Geisteshaltung des Kanzlers und seiner Anhänger. Bekannt durch seine beiden theoretischen Abhandlungen über die internationale Politik vor dem Kriegsausbruch, war ihr Verfasser, Kurt Riezler, einer der begabtesten und profiliertesten Mitarbeiter Bethmann Hollwegs⁴⁰. Formell erst im Auswärtigen Amt

³⁸ Randbemerkung Bethmanns zur Eingabe der „Sechs Wirtschaftlichen Verbände“ vom 11. März 1915, DZA Po, Rkz No. 2442/11. Vgl. auch Protokoll der Sitzung des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten vom 7. April 1915, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 49–51, BA V 16a, für ähnliche Bemerkungen; W. J. Mommsen, *Die Regierung*, a. a. O., S. 155 ff.

³⁹ Riezler an Bodenhausen, 9. September 1916, DZA Po No. 2448/1. Vgl. auch Oberst Bauers „Bemerkungen . . .“ (siehe Anm. 37), H. Weber, Ludendorff, a. a. O., das umstrittene französische Regierungszirkular, *L'Allemagne véritable* (Februar, 1917), DZA Po Rkz 1418/2 und W. J. Mommsen, *L'Opinion allemande . . .*, a. a. O.

⁴⁰ Theodor Heuss, *A Word in Memory of Kurt Riezler*, und L. Strauss, *Kurt Riezler, 1882 bis 1955*, in: *Social Research* 23 (1955), S. 1–34. In einer süddeutschen Gelehrtenfamilie geboren, arbeitete Riezler zunächst bei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und trat 1906 in das Pressereferat des Auswärtigen Amtes ein. 1911 kam er zum ersten Male mit dem Kanzler in nähere Berührung, 1914 wurde er Bethmann „zur Begleitung“ zugeteilt und ein Jahr später als Legationsrat in die Reichskanzlei übernommen. Nach Abbruch seiner diplomatischen und bürokratischen Karriere im April 1920 kehrte er zuerst zu privater Gelehrten-tätigkeit und dann in Frankfurt zur Universitätslaufbahn zurück, von wo er 1933 nach New York emigrierte, um dort an der New School of Social Research Philosophie zu lehren. Vgl. Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918, Von Brest Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, München 1966, S. 209 (mit Zitaten vom Bothmer Tagebuch), meinen eigenen Aufsatz, Kurt Riezler and the Failure of German Ostpolitik, 1918, in: *Slavic Review* 31 (1972), S. 581–598, und Eberhart Pikart, Ein Brief Kurt Riezlers an den Hamburger Bürgermeister Petersen vom 1. Februar 1924, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 211 ff. Für eine

beschäftigt und dann als Legationsrat in die Reichskanzlei versetzt, wurde der brillante junge Mann schnell einer der engeren Vertrauten des schwerblütigen und grüblerischen Reichskanzlers, da sich ihre widersprüchlichen Persönlichkeiten eigentümlich ergänzten. Während des Krieges war Riezler unter dem Unterstaatssekretär Wahnschaffe federführend für Kriegsziele und Neuorientierung, die zwei umstrittensten Gebiete Bethmannscher Politik, und damit indirekt auch für die Kanzlerfronde. Da Bethmanns und Wahnschaffes Nachlässe ein Opfer des Zweiten Weltkrieges geworden sind, ist sein impressionistisches, aber erstaunlich zuverlässiges Tagebuch eine der wenigen Quellen aus dem inneren Regierungskreise für die Intentionen und Motivierungen hinter den politischen Handlungen⁴¹. Obwohl beide in den meisten Prinzipienfragen übereinstimmten, wäre es verfehlt, den Adlatus mit dem Kanzler gleichzusetzen, da es eine Reihe von bedeutenden taktischen Differenzen gab, z. B. bezüglich des Kriegsrisikos, Mitteleuropa, U-Bootkrieg, und die inneren Reformen, in denen Riezler gewöhnlich eine aktivere, wagnisreichere Politik vertrat, während Bethmann im Bewußtsein der Widerstände bremste (so kann Erdmann, S. 72, von Riezlers Sozialimperialismusprognose sprechen). Trotz der Veröffentlichung des Tagebuchs ist die Mischung von Kanzlerideen mit denen seiner Ratgeber auch im vorliegenden Dokument nicht mehr mit völliger Sicherheit aufzulösen, da Redewendungen in des Kanzlers Korrespondenz oft von seinen Mitarbeitern suggeriert sind und Riezlers Einsichten oft auf Anregungen

Analyse seiner Schriften „Die Erforderlichkeit des Unmöglichen“, München 1915, und „Grundzüge der Weltpolitik“, Stuttgart 1914, siehe auch A. Hillgruber, Riezlers Theorie des kalkulierten Risikos und Bethmann Hollwegs politische Konzeption in der Julikrise 1914, in: *Hist. Ztschr.* 202 (1966), S. 24 ff.

⁴¹ K. D. Erdmann, Zur Beurteilung Bethmann Hollwegs, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 15 (1964), S. 525 ff.; F. Stern, Bethmann Hollweg and the War, *The Limits of Responsibility*, in: L. Krieger und F. Stern (Hrsg.), *The Responsibility of Power*, Garden City N.Y. 1967, S. 252 ff.; und K. Jarausch, *The Illusion of Limited War*, in: *Central European History* 2 (1969), S. 48 ff., veröffentlichten erste Bruchstücke. Die imposante Gesamtedition des umstrittenen Tagebuchs jetzt in K. D. Erdmann, Kurt Riezler, *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*, Göttingen 1972. Neben einer einfühlsamen intellektuell-politischen Biographie und dem umfangreichen Tagebuch von 1910 bis 1918 bringt die Ausgabe zwei wichtige Teile von Ergänzungstagebüchern (der erstere mit 16 Eintragungen zwischen Juli 1916 und Januar 1917, der zweite mit fünf Eintragungen und anderen undatierten Aufzeichnungen im wesentlichen die Julikrise 1917 betreffend), die ohne große Überraschungen das bekannte Bild abrunden, sowie eine Reihe von interessanten Aufsätzen aus der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung von März bis November 1916, und eine Anzahl von Dokumenten aus den Akten des Auswärtigen Amtes, vor allem Riezlers Rolle in der deutschen Ostpolitik 1917 bis 1918 betreffend. Die Stärke des Erdmannschen Riezlerbildes liegt in der Erschließung seiner oft unzugänglichen Gedankenwelt in ihrer Beziehung zu Riezlers politischen Handlungen. Leider weitet sich aber dieser individuell-geistesgeschichtliche Ansatz nicht zu einer allgemeinen kritischen Behandlung der progressiven Elemente des politisch engagierten Bildungsbürgertums aus, die wohl die Methoden der brutalen Machtpolitik der Rechten verwarfen, aber selbst sich zu keinem machtbegrenzenden Ethos durchringen konnten und deren bitterer und skeptischer Kommentar bei aller Brillanz unfruchtbar blieb.

des verantwortlichen Staatsmannes zurückgehen. Diese reizvolle Durchdringung ist aber in der Denkschrift über die Alldeutschen von geringerer Bedeutung als im Septemberprogramm der Kriegsziele oder im Oktober-Memorandum über die Neuorientierung, da es sich hier um analysierende Beschreibung und nur indirekt um ein politisches Programm handelt⁴². In dem Versuch, die Ursachen der „schweren Krise des öffentlichen Geistes“ bloßzulegen, geht das Dokument von der partikularistischen Agitation in Bayern aus und stellt in zwei Phasen, der Kriegszielbewegung und der U-Boot-Propaganda, das Zusammenspiel von Alldeutschen, Parteien, Presse und Wirtschaftsverbänden in einer wohlorchestrierten Fronde gegen Bethmann Hollweg dar. Der defensive Akzent der Riezlerschen Aufzeichnung kommt in den wiederholten Versuchen zum Ausdruck, wahren Patriotismus gegen chauvinistischen Gesinnungsterror abzugrenzen, die Monarchie aus dem Todeskampf der absteigenden Eliten herauszuhalten und durch eine soziale Neufundierung das Wilhelminische Reich zu retten. Durch Konzentration auf die gegenrevolutionären Methoden der Agitation ist die Denkschrift ein beredtes Plädoyer für die Grundziele der Bethmannschen Innen- und Außenpolitik.

Obwohl der besondere Verwendungszweck der Denkschrift nicht mehr eindeutig zu rekonstruieren ist, lassen sich doch für das Verhältnis von Regierung und Alldeutschen im Weltkrieg einige Folgerungen ziehen. Die anonyme Umfrage „Halten Sie ein Verbleiben des Reichskanzlers im Amte für wünschenswert und die sofortige Verkündigung der Unterstellung Belgiens, Nordfrankreichs und Westkurlands unter die Reichshoheit für notwendig?“ unterzeichnet mit „Heil und Sieg“ demonstriert die grundsätzliche Natur der Auseinandersetzung. Ein Brief des Verlegers Lehmann an Liebig läßt keinen Zweifel, daß in der Kriegszielfrage die Alldeutschen klar verstanden, was Bethmann wollte, und ebendies als ungenügend zurückwies: „Der Kanzler sei bereit, wenn England die Kosten trage, nachher auf allen Landerwerb zu verzichten, sogar Kurland preiszugeben, sich mit der Narewgrenze zu befriedigen und im Westen auch nur ganz minimale Grenzverschiebungen zu beanspruchen. Das ganze Blut unserer Söhne wäre damit unnütz vergossen, das Neuland, das unser Volk absolut nötig braucht, und das wir jetzt

⁴² Für einige der divergierenden Interpretationen des Septemberprogramms vgl. F. Fischer, *Deutsche Kriegsziele*, in: *Hist. Ztschr.* 188 (1959), S. 249 ff., *Griff nach der Weltmacht*, S. 220 ff., W. Basler, *Deutsche Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1919*, Berlin 1962, S. 381 ff., E. Zechlin, *Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 1963, No. 23, S. 41 ff., G. Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. 3, S. 41 ff., und E. Vietsch, *Bethmann*, S. 201 ff. Vergleichsweise ist das Oktobermemorandum weit weniger bekannt, obwohl es für die Innenpolitik eine ähnliche Stellung einnimmt; vgl. W. Richter, *Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution*, Berlin 1959, S. 50; G. Feldman, *Army, Industry and Labor in Germany*, S. 119 ff.; Fritz Klein (Hrsg.), *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Bd. I, Berlin 1968, S. 425 ff. Bei der Formulierung beider Programme spielte Riezler eine kritische Rolle.

die schönste Gelegenheit hätten zu erwerben, wäre damit für immer verloren.“ Diese Minimalziele und der Ausspruch „Wenn ich meinem Volk jetzt nur den Frieden bringe, bin ich zufrieden“, der durchaus Bethmanns subjektivem Wollen gerecht wird, brachten eine eindeutige Reaktion: „Da müßte eigentlich ein Staatsanwalt am Reichsgericht eintreten, denn ein solcher Standpunkt ist doch einfach Vaterlandsverrat.“⁴³ Der psychotische Haß, der aus diesen Zeilen spricht, spiegelt zwar die marxistische These von der „Auswegslosigkeit der Politik des deutschen Imperialismus“ wider, illustriert aber darüberhinaus, daß es sich hier nicht um ein einfaches Mißverständnis handelt. Sicher ist Fischers These „Kriegsziele für sich in seiner Eigenschaft als Reichskanzler grundsätzlich abzulehnen, würde soviel gewesen sein, als vom Papst zu verlangen, daß er sich zum Protestantismus bekehre“ zutreffender als Vietschs Mystifikationen über Bethmann als Vertreter einer ethischen Politik⁴⁴. Aber obwohl beide Seiten in ihrem Endziel des deutschen Sieges und der Erhaltung des Bismarckschen Staates übereinstimmten, entwickelte sich doch – wie so oft in der Politik – der taktische Gegensatz in eine prinzipielle Feindschaft. Das subjektive Ringen zwischen den Alldeutschen und Bethmann war zu unerbittlich, um nur auf einer objektiven Illusion zu beruhen. Es war vielmehr der Kampf zwischen den reformkonservativen und gegenrevolutionären Konzeptionen innerhalb der herrschenden Gruppen des Bismarckschen Staates, die nicht nur für die Beteiligten wirkliche Alternativen mit verschiedenen Konsequenzen darstellten.

Trotz dieser politischen Frontstellung führte die Strukturgebundenheit der Regierungsentscheidungen dahin, daß die von den Alldeutschen aktivierte Rechte an entscheidenden Punkten offizielle Entschließungen verhängnisvoll mit beeinflussen konnte. Zwar hat Bethmann ihren Endzielen weder gehuldigt, noch sie in diabolisch verschleierter Interessenteilung vertreten, sondern eher die Angriffe der Rechten benützt um sich der Linken akzeptabler zu machen. Aber der liberal-imperialistische Teil der Eliten, die Elektro- und Leichtindustrie, der Großhandel, die Hochfinanz, die progressiv eingestellte Intelligenz und Presse usw. unterlag in kritischen Momenten der agrarisch-schwerindustriellen Phalanx, die einen militanten Flottenimperialismus vertrat. Schon in der Marokkofrage schränkte die Agitation des Verbandes die Handlungsfreiheit der Regierung stark ein und zwang sie in der Zabernkrise zu einer stärkeren Verteidigung der Kommandogewalt (und

⁴³ Dr. Karstedt an die Reichskanzlei, 25. Juli, 1915, über die alldeutschen Hetzereien berichtend mit der Umfrage als Anlage, DZA Po Rkz 1416. Lehmann an Liebig, 26. Oktober 1915, zusammen mit anderen Schriftstücken des Ersten Staatsanwalts übersandt an die Reichskanzlei am 11. August 1916, DZA Po Rkz 1418. Im Gegensatz zu der alldeutschen Agitation vgl. auch die zwölbändige Sammlung von Zustimmungserklärungen zur Bethmannschen Politik in DZA Po Rkz 1749/3 bis 1749/14.

⁴⁴ Hartwig, *Alldeutscher Verband*, a. a. O., S. 17; F. Fischer, *Weltmacht oder Niedergang*, Deutschland im ersten Weltkrieg, Frankfurt 1965, S. 92 ff.; E. von Vietsch, *Bethmann Hollweg*, S. 302 ff. Vgl. auch W. Gutsche, *Bethmann Hollweg und die Politik der Neuorientierung*, Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der deutschen Reichsregierung während des ersten Weltkrieges, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 13 (1965), S. 209 ff.

dadurch der militärischen Übergriffe), als dem Kanzler selbst lieb war⁴⁵. Die Erosion der innenpolitischen Basis der Bethmannschen Politik im Frühjahr 1914 – von all-deutscher Kritik beschleunigt – trug stark zu dem Entschluß zur Flucht nach vorn, zum Kriegsrisiko in der Julikrise, bei; denn die extreme Rechte hatte weite Teile der Öffentlichkeit durch das anglo-russische Flottenabkommen und durch russische Aufrüstungsgespenster überzeugt, daß die nüchterne Interessenpolitik des Kanzlers in eine Sackgasse geraten sei, aus der sie nur durch starke Entschlüsse wieder herauskommen könne⁴⁶. Durch diesen Druck sah sich Bethmann in der Kriegsziel-agitation gezwungen, sich im Reichstag auf eine Reihe immer stärkerer Versprechungen einzulassen, privat weitgehende Zusicherungen zu machen und sich in Kreuznach dem Militär zu beugen, weil es ihm nicht gelang, eine ebenso lautstarke Bewegung für eine gemäßigte Machtpolitik, d.h. begrenzte Annexionen, ins Leben zu rufen. Die U-Boot-Agitation trug letztlich zum Sieg der Dritten OHL über den Kanzler bei und diskreditierte völlig den Friedensversuch der Mittelmächte, den sie nicht verhindern konnte, dadurch, daß sie ihn in eine Eskalationsrechtfertigung umwandelte. Zwar konnte der Alldeutsche Verband seine eigenen Weltmachtziele nicht durchsetzen; aber sein Kampf gegen Bethmann Hollweg hatte doch die negative Wirkung, eine wenigstens etwas realistischere imperiale Politik und eine begrenzte innere Erneuerung zu verhindern – nicht weil er selbst allmächtig war, sondern weil er ideologisch, organisatorisch und sozial weiteste Kreise der Eliten für seine Ziele zu mobilisieren verstand. In der Retrospektive war Bethmann sich schmerzlich bewußt, „daß die wilden Forderungen unserer Annexionisten an der Verlängerung des Krieges mit Schuld haben“, und bedauerte deshalb, daß er den Kampf gegen diesen „reaktionären Chauvinismus“ nicht energischer geführt hatte. Denn sein eigenes Heilmittel „besonnene Machtpolitik“, durch seinen begrenzten Annexionismus und instinktiven Konservatismus kompromittiert, war nicht radikal genug, um Frieden und Reform zu bringen und dadurch die Todeskrise des Bismarckschen Staates brechen zu können⁴⁷.

⁴⁵ Für Marokko siehe Anmerkung 19. Für Zabern vgl. Zmarzlik, Bethmann, a.a.O., S. 114f.; Stenkewitz, Gegen Bajonett, a.a.O., S. 125ff.; H. U. Wehler, Der Fall Zabern, Rückblick auf eine Verfassungskrise des Wilhelminischen Reiches, in: Welt als Geschichte 23 (1963), S. 27ff.; und Fischer, Krieg der Illusionen, S. 407ff.

⁴⁶ W. Deist und Volker R. Berghahn, Kaiserliche Marine und Kriegsausbruch 1914, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 4 (1970), S. 34ff.; Arno J. Mayer, Domestic Causes of the First World War, in: F. Stern und L. Krieger (Hrsg.), The Responsibility of Power, S. 286ff.; Peter Loewenberg, Arno Mayer's Internal Causes and Purposes of War in Europe, 1870–1956, in: Journal of Modern History 42 (1970), S. 628ff.; Joachim Remak, 1914 – The Third Balkan War, ebenda 43 (1971), S. 353ff.; Paul W. Schroeder, World War I as Galloping Gertie, A Reply to Joachim Remak, ebenda 44 (1972), S. 319–345; W. J. Mommsen, Domestic Factors in German Foreign Policy before 1914, in: Central European History 6 (1973), S. 3–43; und mein Aufsatz, Statesmen versus Structures, Germany's Role in the Outbreak of World War One Reexamined, in: Laurentian University Review, Juni 1973.

⁴⁷ Bethmann an Delbrück, 12. August 1917, Deutsche Staatsbibliothek Berlin (DSB) Nachlaß Delbrück; Bethmann an Eisendecker, 18. Januar 1918, Auswärt. Amt (AA) Nachlaß Eisendecker. Für weitere Belege siehe auch meine Studie, The Enigmatic Chancellor, a.a.O.

In der weiteren Perspektive beschleunigte der alldutsche Kampf gegen Bethmann Hollweg die Kristallisierung und Popularisierung des Führer-Mythos. Im Ersten Weltkrieg wurde der Ruf nach dem starken Mann die Kurzformel der Rechten für konterrevolutionäre Gewaltpolitik. Die Alldutschen spielten in der Perversion des Konservatismus eine kritische Rolle, dadurch, daß sie die Ideologie der vorher unbedeutenden kultur-kritischen völkischen Bewegung in den bürgerlichen Massen popularisierten und die Rettung durch einen autoritären Führer zum psychologischen Gemeingut der frustrierten Kriegsgeneration machten. Formuliert von einem anonymen Schriftsteller als Kritik am fünften Kanzler, zeigt diese zentrale Heilserwartung auf einen neuen „Bismarck“ aber nicht den Triumph des völkischen Gedankens, sondern die Frustrierung eigener Impotenz:

Eher nicht wird es sich wenden,
Eher nicht das Reich erblühn,
Bis wir Männer wiederhaben,
Denen Gottes Funke glüht.

Bis ein neu Geschlecht erhärtet
In dem Riesen-Weltenbrand,
Stahl die Augen, Feuerherzen
Für das große Vaterland.

Bis der kommt, den im Gezänke
Der Parteien das Volk erleht,
Dessen Geistes Sturmesbrausen
Eitler Zwerge Spur verweht.

Dann erst finden Ruh die Toten
Für die Heimat hingemäht.
Dann, erst dann, Du Volk der Helden
Ernte, was mit Blut gesät⁴⁸.

Konrad H. Jarausch

⁴⁸ Anonymes Manuskript, „Rufe aus dem Felde“ in Hoover Library, Stanford University, vgl. auch das Gedicht, „Notschrei!“, das als Flugblatt zirkulierte, Wahnschaffe an Polizeipräsident, 3. Juni 1916, DZA Po Rkz 1417/1. Siehe ebenso H. v. K. (Hans von Liebig?) an Lehmann, 9. April 1916 mit dem Refrain „hätten wir statt einem alten Weiß einen Mann an der Spitze“ und dem Schluß: „Armes, Blindes deutsches Volk, in welch raffinierter Weise wirst Du von Deinem von der internationalen Judenclique am Bündel geführten Reichskanzler betrogen!“ Diese Transmissionsfunktion des ADV und sein genauerer Stellenwert innerhalb der Propagandaorganisationen und wirtschaftlichen Interessenverbänden bedarf noch weiterer Forschung. Siehe G. L. Mosse, *The Crisis of German Ideology, Intellectual Origins of the Third Reich*, New York 1964, S. 218ff.; Karl Dietrich Bracher, *Die Deutsche Diktatur*,

Dokument

Kurt Riezlers „Aufzeichnung über die Umtriebe der Alldeutschen“ vom 15. IX. 1916⁴⁹

Die leidenschaftliche Agitation, die von den Alldeutschen und anderen Organisationen alldeutscher Gedankenrichtungen betrieben wird, dauert fort⁵⁰. Wenn auch die angewandten Methoden, wie auch Inhalt und Form der Angriffe gegen den Reichskanzler von der großen Masse des Volkes, ebenso von der überwiegenden Mehrheit der Zeitungen, verurteilt wird, so läßt sich doch nicht leugnen, daß das befolgte System, Gerüchte auszusprengen und Mißtrauen zu säen, in manchen Gegenden Deutschlands und in manchen Bevölkerungsschichten eine gefährliche Verwirrung der Geister angerichtet hat⁵¹. Es ist natürlich, daß die Schrecknisse und Leiden des Krieges für sich allein genommen einen Zustand nervöser Erregung hervorrufen müssen. Die Erfahrung zeigt, daß dies insbesondere bei denjenigen der Fall ist, die

Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969, S. 20ff. Vgl. auch P. Loewenberg, *The Psychohistorical Origins of the Nazi Youth Cohort*, in: *American Historical Review* 76 (1971), 1457ff.

⁴⁹ Die Denkschrift ist von Ri[ezler] 15/9/16 paraphiert und auch in der Registratur als „Aufzeichnung Riezlers über die Umtriebe der Alldeutschen“ ausgewiesen. Da diese Eintragung nachträglich zwischen Nummer 3196 und 3220 eingefügt ist, und die Paragraphen auf der ersten Seite „zA Alldeutschen W[ahnschaffe] 18/12. 16, vE[ichmann] 18, Ri[ezler] 14/10“ ergeben, läßt sich als Verwendungszweck nur schließen, daß die Denkschrift in der Reichskanzlei zirkuliert hat. Es besteht aber kein Zweifel, daß Bethmann Hollweg ihre Argumente in Briefen wie an den Kabinettschef Valentini, Unterhaltungen wie mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Hertling, Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses, des Preussischen Staatsministeriums und Informierungen der Parlamentarier verwendet hat. Siehe auch Erdmann, Riezler, S. 61f. und Graf Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. 2, Berlin 1935, S. 90f. Zum selben Thema veröffentlichte Riezler kurz vorher (7. 8. 1916) einen Aufsatz „Alldeutsche Irrwege“, der bei Erdmann, a. a. O., S. 583ff., abgedruckt ist. – Im Original des Dokuments Unterstrichenenes ist hier kursiv gesetzt.

⁵⁰ Am 10. August notierte Riezler besorgt in seinem Tagebuch: „Die alldeutsche Agitation geht weiter. Absolutes Tollhaus. Überall die wildesten Gerüchte. Kaiser trübsinnig, zu schwach, der Abdankung nahe.“ Grundsätzlich fügte er hinzu: „Wir verstricken uns langsam in unsere Thorheiten, in der Unbildung, Gedankenlosigkeit des Parteilebens und der nationalistischen Phrase, in alle dem Unrat, der durch die beiden Volksverführer Tirpitz und Bülow angesammelt wurde. Die Zeit vor dem Kriege bas empire eine Regierung mit Volksdemagogie á la Napoléon III. Bei all der Hetze die Professoren voran. Armes Deutschland.“ Siehe jetzt bei Erdmann, Riezler, S. 369f., und Riezlers Aufsatz, ebenda, S. 583ff.

⁵¹ Unter dem Druck des rumänischen Kriegseintritts beklagte sich der Legationsrat in der Reichskanzlei am 30. August über „die Alldeutsche Revolution“ und führte weiter unten aus: „Das Ergebnis der Staatsanwaltuntersuchung gegen die Alldeutschen – die Gemütskrankheit der Leute, ihre moralische Unbedenklichkeit – furchtbarer Geisteszustand, wenn der Schein recht gehabt zu haben auf diesen Leuten ruht.“ Erdmann, Riezler, S. 372f. Vgl. auch das Memorandum des sächsischen Ministers Vitzthum über seine „Besorgnis über die wachsende Entfremdung zwischen dem Reichskanzler und den Ordnungsparteien“, SHSTA AM 1090, und Wahnschaffe an Valentini, 3. August 1916: „Dieses miserable Geschwätz müßte nicht so ernst genommen werden, wenn die skrupellose Propaganda nicht eine fast tödliche Verwirrung in den Köpfen von echten Patrioten angerichtet hätte.“ DZA Po Rkz 2437/10.

in den Krieg mit großen Hoffnungen auf einen leichten Sieg, auf große Eroberungen und auf eine Weltherrschaft des deutschen Volkes hineingegangen sind. Durch die lange Dauer des Krieges, durch die zähe Ausdauer der Feinde aus den Wolken ihrer Träume gestürzt, vermögen sich viele innerlich nicht mehr zurechtfinden. Ihre Stimmung muß indes in leidenschaftliche [ab hier Seite 2 des Originals:] Verzweiflung ausarten, wenn ihnen in systematischer Wiederholung Gerüchte zuge tragen und Behauptungen einge flüstert werden, die alle darauf hinausgehen, zu beweisen, daß die lange Dauer des Krieges die blutigen Opfer nur durch die Schwäche der Regierung, durch sentimentale Schonung der Feinde, durch Nichtausnutzung der Kriegsmittel, insbesondere der Zeppeline und U-Boote verschuldet wird. Wird der Herkunft dieser Gerüchte und Behauptungen nachgegangen, so stößt man immer wieder auf dieselben Namen, auf eine beschränkte Anzahl von Menschen und Organisationen, die Leiter und Ausgangspunkt ihrer Agitation sind. Es sind die alldeutschen Führer und neben und mit ihnen die nationalliberalen Abgeordneten Hirsch⁵² und Bacmeister⁵³; Graf Reventlow⁵⁴, die Deutsche Tageszeitung mit ihren Ablegern in der Provinz⁵⁵.

Die Staatsanwaltschaft hat vor einigen Tagen in Verfolgung eines Verfahrens wegen Vergehens gegen das Pressegesetz bei der Verbreitung von Broschüren von

⁵² Der Nationalliberale Landtagsabgeordnete Ernst Hirsch war Syndikus der Essener Handelskammer und als solcher einer der rabiatesten Vertreter großer Annexionen. Für Bethmanns Versuch, den von alldeutschen Gedankengängen motivierten Politiker auf seinen gemäßigten Annexionismus festzulegen, siehe den Brief vom 4. Mai 1915: „Ich will indes nicht verhehlen, daß es mir auch Pflicht derjenigen Kreise, die ein Urteil über diese Notwendigkeiten der äußeren Politik haben könnten oder sollten, zu sein scheint, einer solchen Beunruhigung [der öffentlichen Meinung] entgegenzutreten als ihr Vorschub zu leisten und eher das Vorhandensein der Gründe anzuerkennen, die der Regierung noch Zurückhaltung auferlegen, als aus beweisunkräftigen Nebenmomenten, wie der angeblich ungleichmäßigen Handhabung der Zensur, leichter Hand Schlüsse gegen die ihrer Tendenz ganz unmißverständlichen Verlautbarungen der Regierung zu ziehen.“ DZA Po Rkz 2442/12. Vgl. auch seine Korrespondenz mit Wahnschaffe im BA KLErw. Nachlaßrest Schifferer.

⁵³ Der Nationalliberale Landtagsabgeordnete Wilhelm Bacmeister, ebenso wie Hirsch ein Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes, griff den Kanzler wiederholt publizistisch in Aufsätzen an, die auch als Flugblatt gedruckt wurden und Bethmann zu dem Ausbruch reizten: „Bassermann soll in seiner Partei Ordnung schaffen!“ Märkische Zeitung „Reichskanzler und Volk“, 12.–14. Juli 1916, und Der Tag, 31. August 1916. Für die Rolle des chauvinistischen Flügels der Nationalliberalen Partei siehe K. P. Reiss (Hrsg.), Von Bassermann bis Stresemann, Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912–1917, Düsseldorf 1967, S. 195ff.

⁵⁴ Der alldeutsche Schriftsteller Graf Ernst zu Reventlow war als ehemaliger Marineoffizier einer der führenden Vertreter des Tirpitzschen Flottenprogramms und bekämpfte daher die England-Politik der Regierung rücksichtslos. Vgl. seine historische Polemik, Von Potsdam nach Doorn (Berlin 1940). Für den Zensurkampf der Reichskanzlei gegen Reventlows U-Bootphantasien siehe das Material in DZA Po Rkz 2457/6 und Bethmanns Marginalie zu „Abnehmender Haß?“, Deutsche Tageszeitung vom 26. 6. 1915: „Diese sinnlose Aufpeitschung des Hasses muß aufhören.“

⁵⁵ Eins der führenden agrarisch-konservativen Blätter, die „Deutsche Tageszeitung“, gefolgt von solchen Provinzblättern wie der „Goslarer Zeitung“ und der „Pommerschen Tagespost“, bildete die Führung der Agitation gegen den Reichskanzler; Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik, passim.

Junius alter [sic]⁵⁶ und Kapp⁵⁷ in einem Bureau der Berliner Friedrichstraße 100 Exemplare der Kapp'schen Denkschrift gefunden, die von „Drei Deutschen“ [neu-] erdings ebenso wie die Broschüren von [ab hier S. 3:] Junius alter anonym verbreitet wurden. In dem Programm der Organisation, die hinter dem Bureau steht, wird die Verbreitung national aufklärender Schriften gefordert. In dem Beirat der Organisation finden sich die Namen Hirsch, Bacmeister, Stresemann, Dietrich Schäfer, Kapp, Rösicke und der Schriftführer des Alldeutschen Verbandes v. Vietinghoff-Scheel⁵⁸. Am 27. Juli fand im Isarthorturm in München eine vertrauliche Besprechung der Alldeutschen statt, in der der Vorsitzende berichtete, daß verschiedene Versuche, durch Mittelspersonen an Seine Majestät heranzukommen, um ihn vor der verderblichen Politik des Reichskanzlers zu warnen, fehlgeschlagen seien. Man habe deshalb beschlossen, den Partikularismus der einzelnen Bundesstaaten zu schüren, um das Ziel zu erreichen. Dies sei ein etwas gefährlicher und auch kein ganz gerader Weg, aber das Interesse des Vaterlandes erfordere diesen Schritt⁵⁹. Der Vorsitzende brachte dann eine Eingabe zur Verlesung, in der die Bundesstaaten auf die finanzielle Gefahr hingewiesen werden, die ihnen vom Reiche drohe, falls der Krieg nicht im Sinne der Alldeutschen mit großen Eroberungen beendet wird. Diese in der Anlage beigeführte Eingabe wurde [S. 4:] von mehreren Münchener Professoren [und] Reichsräten der

⁵⁶ Junius Alter (Pseud. für Franz Sontag, Nationalliberaler Journalist, Schriftführer des ADV), *Das deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode*, München 1916, wiederabgedruckt in etwas veränderter Form von drei anonymen Deutschen, unter dem Titel, *Deutsche Reichspolitik seit dem 14. Juli 1909*, Pflingsten 1916, war ein demagogischer Angriff gegen die Politik der Diagonale. Trotz Haussuchungen bei Hans von Liebig, dem Lehmann Verlag, dem konservativen Politiker Bodelschwingh und anderen konnte die Staatsanwaltschaft das Pseudonym nicht brechen; DZA Po Rkz 1417/2, Mügel an Wahnschaffe, August 22, 1916.

⁵⁷ Wolfgang Kapp, *Die nationalen Kreise und der Reichskanzler* (Königsberg, Mai 1916), für die Kapp-Affäre vgl. DZA Po Rkz No. 799. Seine Angriffe repräsentierten die konservative Variante der Fronde. Vgl. Elard von Oldenburg-Januschau, *Erinnerungen*, S. 174; Graf Cuno von Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, Berlin 1935, Bd. 2, S. 163 ff. Siehe das Gegenpamphlet von Georg Wagner, dem Herausgeber der *Posener Neuesten Nachrichten*, „Ver'kapp'te Feinde im Reich“, DZA Po 1417/2.

⁵⁸ Die Auskunftsstelle Vereinigter Verbände, von führenden Alldeutschen durchsetzt, suchte das Bürgertum auf „eine gemeinsame nationale Grundanschauung“ zu stimmen und im Sinne der Spahn'schen Annexionserklärung der bürgerlichen Parteien auf das „Gesamtinteresse des deutschen Volkes aus“-zurichten. Die Liste der 24 Mitglieder vom Alldeutschen Verband bis zum Westfälischen Bauernverein umfaßte die führenden bürgerlichen Wirtschaftsorganisationen, die imperialistischen Propagandaverbände, Handelsgehilfen und christliche Gewerkschaften, also eine große Sammlung. Der deklarierte Zweck, „die Verbreitung staatsbürgerlicher Kenntnisse“, erlaubte Unterstützung von sachlicher Aufklärung und tarnte das eigentliche Ziel, das Gedankengut der Fronde weiteren Kreisen zu vermitteln. Dazu „Die Auskunftsstelle Ver. Verb. und ihre Aufgaben“, DZA Po Rkz 1417/1.

⁵⁹ Am 28. Juli 1916 deckte die Münchener Post in einem Artikel über „Reventlow, Heim und Schlittenbauer“, den Zweck der Versammlung auf, der darin bestand, „zu einer geschlossenen Fronde gegen den Reichskanzler“ zu blasen. Riezlers Darstellung schließt sich fast wörtlich dem Bericht seines Vertrauensmannes F. Iversen vom 2. August 1916 an, der nach einem allgemeinen Überblick über die Spannungen zwischen Bayern und Preußen (die weitgehend auf Nahrungsmittelbeschaffungsschwierigkeiten beruhten) den Inhalt der Vorbesprechung am Isarthorturm wiedergibt. DZA Po Rkz 1417/2.

Krone Bayerns unterzeichnet und wenige Tage nachher Seiner Majestät dem König von Bayern übersandt, desgleichen auch an die anderen Bundesfürsten⁶⁰.

Am 30. Juli fand dann in München eine von etwa 150–200 Menschen besuchte Besprechung von Vertrauensmännern statt. Der Bericht eines Ohrenzeugen über die maßlosen Reden der Herren Bacmeister und Graf Reventlow wird in Anlage beigelegt. Die beiden Reden zeigen die angewandten Methoden. Mit dem Schein der Eingeweihtheit werden lügenhafte Mitteilungen über Vorgänge innerhalb der Regierung gemacht, die ein jeder Hörer mit Entsetzen vernehmen soll, auch glauben muß. Eine wilderregte Stimmung ergreift die Versammlung, Schimpfworte fallen als Zwischenrufe; nachher erzählen sich kleine Gruppen geheimnisvolle Gerüchte über geistige Umnachtung Seiner Majestät des Kaisers, über ein Bankguthaben Seiner Majestät von einer halben Milliarde bei der Bank von England, um derentwegen England geschont werden müßte. Reden werden von Norddeutschen gehalten, der bayerische Widerhall muß ein Protest gegen die preußische Führung, gegen Kaiser und Reich sein. Die Redaktion der „Passauer Zeitung“ teilt mit: Die ‚Drei Deutschen‘ versuchen mit ihren bekannten Broschüren (Junius alter [S. 5:] und Kapp) die weitesten Kreise unseres Volkes [zu erreichen]. Sogar in Niederbayern bekommt jeder politische Verein, jeder Parteilangestellte, jede bekannte Person, jeder *Schullehrer* „das Material“! Von Mund zu Mund wird aus der *letzten Reventlow* Versammlung in München u. a. m. folgendes verbreitet: Der Reichskanzler sagte, er wolle auf alle Fälle seine Verständigungspolitik mit England – wie vor dem Kriege! – weiter führen. Herr Solf erklärte, er denke an die Schaffung eines großen deutschen Kolonialreiches in Afrika unter Einwilligung Englands; diesem würde dafür deutscherseits eine Flotteneinschränkung zugesagt⁶¹.

Für diese Behauptung traten in München verschiedene Leute mit ihrem Namen ein. *Reventlow selbst spricht von dem „Geschmeiß der Flügeladjutanten, die den einsam betenden Kaiser vom Volk abschließen.“* Bis Mitte ds. Jahres habe ich in den 132 Veranstaltungen unserer „Vaterländischen Vereinigung für Kriegsvorträge“, die von rund 20000 Personen besucht waren, nur vertrauensvolle Stimmen für Kaiser und Kanzler gehört. Seit kurzer Zeit aber hört man überall Stimmen wie: „Der Kaiser

⁶⁰ Für eine Zusammenfassung der Eingabe siehe Iversens Bericht, S. 11. Vgl. auch den genauen Text, der am 31. Juli von einer größeren Versammlung verabschiedet wurde, in DZA Po Rkz 1417/1. Ausgehend von den Kriegsschulden argumentierte die Petition, daß eine große Kriegsentschädigung „für die gesamte Weiterentwicklung des Reiches [eine] überaus wichtige, vielleicht die wichtigste Frage bilde[t],“ um die Besteuerung des Vermögens und Einkommens zu verhindern und die bundesstaatliche Finanzhoheit zu erhalten. „Unter diesen Gesichtspunkten gewinnt die im Friedensschlusse auszubedingende Angliederung feindlichen Gebietes an das Reich für dieses selbst, aber auch für jeden Einzelstaat eine ungeheure Bedeutung.“ Unter den 26 Unterzeichneten waren so bekannte Namen wie der Verleger Lehmann, Friedrich Prinz zu Löwenstein, der Journalist Karl Graf Bothmer, und Reichsrat Manus Gruber. Vgl. auch K. H. Janssen, *Macht und Verblendung, Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18*, Göttingen 1963.

⁶¹ Nach dem Bericht von Dr. Kräplin beschuldigte Graf Reventlow den Kanzler: „Er hat, sobald es um seine Stellung ging, immer gelogen, daß sich die Balken gebogen haben.“ Andere Notizen sind die Zusammenfassung von Iversen, 2. August, Falkenaus Brief an Wahnschaffe vom 11. August (mit dem Zwischenruf „Da sollte man ihn [Bethmann] doch lieber gleich über den Haufen schießen!“), und die Berichte von Kopsch, 30. Juli (der ausführlichste Text) und Stegerwalds Gewährsmann, 10. August 1916. Vgl. auch die Abschrift des Oberkommandos der Marken von einem Artikel in der „Täglichen Rundschau“, der die Versammlung im alldeutschen Sinne schildert; alle in DZA Po Rkz 1417/1 f.

ist halt doch ein halber Engländer, der Kanzler ein Englandfreund, [S. 6:] die wollen England nicht zu wehe tun, usw.“⁶²

Das Ergebnis dieser Zusammenkunft von Vertrauensmännern ist ein[e] von einigen Bayern unterzeichnete Eingabe⁶³ an Seine Majestät den König von Bayern, [in] der diese als Bevollmächtigte einer Vertrauensmänner-Versammlung dem Könige das Reich am Rande des Verderbens darstellen, Rettung allein in der Marine sehen. Der König von Bayern wird beschworen, in letzter Stunde rettend einzugreifen. Ganz Deutschland wisse, daß nur vom König von Bayern, dem ehrwürdigen Haupte der ältesten deutschen Dynastie, eine Wendung der Dinge herbeigeführt werden könnte. Bayern müßte erzwingen, daß das Steuer Deutschlands von jetzt ab mit todesmutiger Hand geführt werde, die Reichsleitung müsse zur rücksichtslosen Führung des U-Boot-Krieges getrieben werden; die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands liege in der Hand des Hauses Wittelsbach, das den großen, niemals wiederkehrenden Augenblick nicht unbenutzt vorübergehen lassen, den alten Ruhm des Hauses Wittelsbach mit neuem Glanz umgeben müsse. Diese Eingabe ist nicht etwa Erzeugnis eines bodenständigen ursprünglich bayerischen Partikularismus. Sie ist eine [S. 7:] in leidenschaftlicher Verwirrung der Geister ausgeheckte nüchterne Spekulation der Alldeutschen auf den bayerischen Partikularismus. Bei der Treue des Hauses Wittelsbach gegen Kaiser und Reich und der untadelhaften Haltung der bayerischen Regierung sind derartige Versuche aussichtslos. Ihre Gewissenlosigkeit wird durch ihr Scheitern nicht vermindert; sie zeigen, welchen Grad von Unzurechnungsfähigkeit die Agitation in den Köpfen dieser Geister großgezogen hat⁶⁴.

⁶² Die Zitate sind aus einem Brief P. Matthes an den Reichskanzler, 9. August 1916, in dem sich der Hauptschriftleiter der Passauer Zeitung gegen die Agitation der Fronde beschwert, und rät: „Gegen diese methodische Volksvergiftung müßte endlich etwas geschehen, der raffinierten Massensuggestion unterliegen auch sonst sehr ernste und denkende Leute.“ DZA Po Rkz 1417/2. Riezler notierte entrüstet in seinem Tagebuch am 10. August, „Versammlung in München mit Hetzreden von Bacmeister und Reventlow – Ergebnis Eingabe an den König von Bayern, die Stunde des Eingreifens für das Haus Wittelsbach sei da.“ Erdmann, Riezler, S. 369.

⁶³ Für den Text der allgemeinen Eingabe siehe das Exemplar in DZA Po Rkz 1417/1. Mit dem Argument, daß „der Krieg für uns verloren sein [wird], wenn England die Herrschaft über das Meer behauptet“, verlangten die Bittsteller den uneingeschränkten U-Bootkrieg, „überzeugt, daß das Wagnis unternommen werden muß, weil die rücksichtslose Anwendung aller unserer Machtmittel zur See gegen England das einzige Mittel ist, um den Krieg zu unseren Gunsten zu wenden“. Durch die Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, argumentierten die Abgeordneten und Beamten, könnte Bayern „erzwingen, daß das Steuer des Reichs von jetzt ab mit kraftvoller und todesmutiger Hand geführt wird“. Für die Rolle des Ausschusses vgl. Ernst Deuerlein, Der Bundesratsausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten 1870–1918, Regensburg 1955.

⁶⁴ Für den Verlauf siehe die alldeutsche Aufzeichnung „Einige Streiflichter der am 5. August 1916 vormittags stattgefundenen Audienz bei S.M. König Ludwig III. in München“, in dem der Unwillen des Königs über die Berliner Mäßigung klar zum Ausdruck kommt, obwohl Ludwig die praktische Forderung, Bethmann zu stürzen, mit konstitutionellen Bedenken zurückwies, DZA Po Rkz 1417/1 und die unsignierte Aufzeichnung 7. August 1916, DZA Po Rkz 1417/2. Vgl. auch die „Berliner Volkszeitung“, 7. August, „König Ludwig mahnt zur Einigkeit“ und „Augsburger Nachrichten“, 5. August 1916. Nach dieser Abweisung unternahm die alldeutsche Fronde, in Baden und Württemberg durch die Loyalität der Monarchen und der Kabinette Dusch und Weizsäcker frustriert, im frühen Oktober einen Versuch, im sächsischen Landtag mit konservativen und nationalliberalen Abgeordneten eine

Die ersten Ursachen dieser Bewegung reichen bis in die ersten Monate des Krieges zurück⁶⁵.

Schon vor dem Kriege hatte das Gefühl der eigenen militärischen und wirtschaftlichen Stärke, das Bewußtsein, bei jeder wirtschaftlichen oder kolonialen Expansion auf die politischen Widerstände der drei gegen uns verbündeten Großmächte zu stoßen, in vielen Kreisen, die dem nationalen Machtgedanken mit besonderer Leidenschaft anhängen, eine Stimmung erzeugt, die die Erreichung des großen Zieles der deutschen Weltherrschaft mit brennender Ungeduld nur von einem Kriege zu erwarten glaubte. Der Mangel an politischem Urteil, der insbesondere in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes [S. 8:] herrschte, die Unkenntnis des Auslandes, die überhebende Unterschätzung unserer Gegner ließ schon vor dem Kriege vielen den Sieg als eine leichte und schnelle Sache erscheinen. Die Generationen, die die Führung und die Stimmung beherrschten, hatten keinen Krieg erlebt. Die Erfahrungen des 40jährigen Friedens, in dem die weise Politik seiner Kaiser, die schaffensfreudige Tüchtigkeit seines Volkes Deutschland einen schnellen Aufstieg von Ansehen und Macht brachten, hatten das lebendige Gefühl für die gefährdete Position des Reiches in der Mitte Europas, für die Beschränkungen, die diese Situation der deutschen Politik auferlegen mußte und immer auferlegen wird, zurückgedrängt; man wollte ungeduldig die Ursache des nur langsamen politischen Machtzuwachses in einer angeblichen Schwäche der Regierung, in ihrer Zaghaftigkeit, in einem Mangel an Willen zur kühnen Tat finden. Ein politisch junges und ungeschultes, von heftigem Lebensdrange beherrschtes Volk schien nicht mehr langsame Fortschritte der stillen Arbeit, sondern sichtbare auf der Landkarte greifbare politische Erfolge sehen zu wollen⁶⁶. [S. 9:]

Leider haben auch die politischen Parteien, insbesondere die Nationalliberalen und die Konservative Partei, schon vor dem Kriege sich mehr und mehr daran gewöhnt, ihre Agitationen auf das außenpolitische Gebiet zu verschieben und die Stimmungen der geschilderten Art auszubeuten und weiter zu steigern⁶⁷.

vergleichbare Petition dem sächsischen König vorzulegen. „Die Waffe, die die Fügung uns in die Hand gibt, England zu Boden zu werfen, die U-Boote, wird nicht verwendet.“ Für Vitzthum's Ablehnung und die weitere Korrespondenz siehe SHSTA AM Berlin 272.

⁶⁵ In der Originalfassung hieß dieser Satz: „Die ersten Versuche dieser Bewegung reichen bis in die Zeit vor dem Kriege zurück.“ Riezler spielte hier auf die wachsende Unzufriedenheit der Alldeutschen mit Bethmanns Wirtschafts- und Kulturimperialismus an, der eine Gebietsausdehnung mit Gewalt ablehnte. Typisch dafür ist ein Aufsatz von Class in den „Alldeutschen Blättern“ im Frühjahr 1914 (No. 25): „Als er berufen wurde, die Nachfolge des Fürsten Bülow anzutreten, bedauerte man ihn wegen des traurigen Zustandes dieser Erbschaft. Heute bedauert man noch viel mehr: Das Reich, Preußen, das deutsche Volk und den unglücklichen Kanzler selbst. Aber wahrhaftig, wie lange sollen wir noch zuschauen, wie dieser unpolitische Mann, der als Mensch alle Achtung verdient, als Staatslenker aber schlechthin unmöglich ist, das Erbe Bismarcks weiter verwirtschaftet! Der politische Weg, den er seit fünf Jahren gegangen ist und auf dem unser Volk ihm wider Willen folgen mußte, ist im Innern und nach außen ein endloser Leidensweg gewesen. Sein Werk ist es am letzten Ende, wenn heute – was keine amtliche Feder mehr zu bestreiten wagt – unsere politische Lage so schwierig ist wie noch nie seit dem Tage von Versailles.“ Zitiert in Werner, Alldeutscher Verband, S. 193 ff.

⁶⁶ Die zahlreichen Belege in Fritz Fischer, *Der Krieg der Illusionen*, a. a. O. und seines Schülers Klaus Wernecke, *Der Wille zur Weltgeltung*, a. a. O., erhärten diese These. Vgl. auch W. J. Mommsen, *Die deutsche ‚Weltpolitik‘ und der Erste Weltkrieg*, in: *Neue Politische Literatur* 16 (1971), S. 482 ff.

⁶⁷ Am 16. August 1911 schrieb Bethmann an Loebell: „Die Haltung der Nationalliberalen n der Marokkofrage mit der Forderung der Einberufung des Reichstages ist neuerdings nicht

Das deutsche Volk zog einig und geschlossen in allen seinen Gliedern in den großen Kampf um seine Existenz. Das Bewußtsein, daß der Krieg ihm aufgezwungen war, daß S. M. der Kaiser und die Regierung alles getan hatten, um ihn zu verhindern, war es, dem diese Einigkeit zu danken war. Der Siegeslauf der deutschen Armeen im Westen zugleich mit der siegreichen Abwehr der russischen Offensive, hat in vielen Köpfen die Meinung entstehen lassen, daß der Krieg ein kurzer, der Sieg ein leichter sei und binnen weniger Monate zur Aufrichtung einer deutschen Welt-herrschaft führen müsse. Die Menschen sind allezeit geneigt zu glauben, was sie wünschen. In dieser Meinung haben sich schon im Herbst des Jahres 1914 verschiedene Zirkel und Organisationen zu dem Zweck gebildet, weitausschauende Programme über die Kriegsziele zu entwerfen und zu propagieren. Der Alldeutsche Verband ging voran, einzelne berufsständige Organisationen namentlich der Schwerindustrie [S. 10: nur eine Zeile:] und der Landwirtschaft folgten. [S. 11:]⁶⁸

Man faßte den Plan, im Sinne dieser weitgehenden Programme mit einer Agitation größten Stils vor das Volk zu treten. Von dieser Agitation hoffte man eine überquellende patriotische Begeisterung, die das ganze Volk in der Gefolgschaft der vorangehenden Parteien und Organisationen einigen sollte. Diese Pläne entsprangen einem gewiß subjektiven, ehrlichen Patriotismus. Bewußt und unbewußt wird das bekannte Bedürfnis der politischen Parteien und Gruppen, agitatorisch an die Spitze zu treten, mitgewirkt haben. Die meisten mögen ehrlich gedacht haben, mit einer solchen Ausnutzung der Stimmung etwas politisch durchaus Erlaubtes zu wollen und zu tun. Der offenkundige Mangel an Einsicht ist kein Verbrechen⁶⁹.

Nach Lage der Dinge mußte die Regierung diesen Plänen von vornherein entgegengetreten. Die militärische Situation war weder im Herbst 1914, noch im Frühjahr des Jahres 1915 so, daß es für die deutsche Politik möglich gewesen wäre, an Stelle des Verteidigungskrieges einen Eroberungskrieg zu proklamieren. Eine derartige Politik hätte der Regierung zwar die vorübergehende Unterstützung der in

nur ein Beweis für ihren politischen Unverstand, sondern auch für ihre parlamentarische Großmannsucht und die Skrupellosigkeit, mit der sie in jeder Zeit bereit sind, ernste nationale Fragen im Parteiinteresse auszuschlachten.“ Am 19. Juli 1914 distanzierte er sich ebenso von den Konservativen in einer Marginalie zu einem Aufsatz der „Vossischen Zeitung“ vom Vortage: „Wenn die Konservativen von der Regierung besondere Rücksichtnahme fordern, dann sollen sie solche Rücksicht üben. Wer, wie es 1909 bei Marokko und 1914 geschehen ist, die Regierung nicht nur nicht unterstützt, sondern in kritischer Situation direkt angreift, wer unter Klagen über eine der öffentliche Autorität angeblich ungenügend schützende Regierung, ihre Autorität plangemäß untergräbt, wie es die Konservativen unausgesetzt tun, der hat das Recht verwirkt, eine Vorzugsstellung einzunehmen.“ DZA Po Rkz 1591/5 und 1592.

⁶⁸ General Keim, „Hammer!“ nachgedruckt von der „Täglichen Rundschau“, 29. August 1914, in den „Alldeutschen Blättern“. H. Class, Wider den Strom, S. 309ff. Die Kriegszielmemoranden der ersten Monate sind hauptsächlich in DZA Po Rkz No. 2476-7; DZA Me, Rep 77, tit 885, No. 4, Bde. 1ff., Rep 89 H, 26 No. 11c und in den zentralen Kriegsakten, AA Wk, secr. Bde. 1ff., DZA Po Rkz Nrs. 2398ff., 2442/20ff. bis 2446. Für die seit der Fischerkontroverse enorm angeschwollene Literatur über die Kriegsziele vgl. Anmerkung 42, außerdem E. Volkman, Die Annexionsfragen des Weltkrieges, Berlin 1929, und H. Gatzke, Germany's Drive to the West, Baltimore 1950.

⁶⁹ Riezler kommentierte die wachsende Agitation der Kriegszielbewegung am 17. Februar 1915: „Kaum hat Hindenburg gesiegt, gehen die Nationalliberalen los, um bei einer Erörterung der Kriegsziele ihren großen Walfisch zu fangen. Und welche Sippen-Schwachköpfe und unlautere Geschäftsleute Bassermann, Paasche. Zum Speien!“ Am 28. April notierte er:

dieser Agitation einigen politischen Gruppen verschafft, [S. 12:] sie indess bei der großen Masse des Volkes um alles Ansehen und Vertrauen gebracht. Hielten die militärischen Ereignisse mit der aufs höchste gespannten Erwartung der Gruppen nicht Schritt, so mußte der Rückschlag eine mit diesen Gruppen und Plänen einige Regierung, und damit den Staat, aufs schwerste erschüttern. Es steht wohl heute außer Zweifel, daß, wenn die Staatsleitung damals dem Drängen dieser Gruppen nachgegeben hätte, es ihr nicht mehr gelungen wäre, die großen Massen des Volkes von der Notwendigkeit der Weiterführung des Krieges und ruhigen Ertragens seiner Leiden überzeugt zu halten und in dem Willen zum Durchhalten zu festigen⁷⁰. Nachdem die Verfasser dieser weitgehenden Programme und die Anhänger dieser geplanten Organisation sich durch Gründe der Vernunft und gütliches Zureden von ihren Plänen nicht abbringen ließen, mußte die Bewegung durch Mittel der Zensur niedergehalten werden. [S. 13:]

Die Verbreitung der Kriegszieldenkschriften, die nach Westen Annexionen bis zur Somme, nach Osten bis zum Peipussee verlangten, mußte verboten werden⁷¹. Man kann sich heute nur schwer in den geistigen Zustand der Menschen hineindenken, die noch während des Frühjahres 1915, also zur Zeit der für die österreich-ungar. Waffen wenig günstigen Kämpfe in den Karpathen, glaubten, wegen dieser Haltung die heftigsten Angriffe gegen die eigene Regierung schleudern, sie der Schlappeheit, der Leisetreierei, des Mangels an energischem Wollen zeihen zu können, bloß des-

„Lächerlich diese Discussion der Kriegsziele, die eine Discussion der Affekte ist.“ Erdmann, Riezler, S. 248, 269.

⁷⁰ Nach anfänglichem Überschwang, der sich in dem berüchtigten Septemberprogramm niederschlug, zog sich Bethmann im immer stärkeren Bewußtsein, daß der deutsche Kriegsplan fehlgeschlagen war (Riezler Tagebuch, 25. Mai 1915: „Die ganze ursprüngliche Rechnung ist durch die Schlacht an der Marne ins Wanken geraten“), vom extremen Annexionismus zurück (Riezler Tagebuch, 16. Juli 1915: „Die Alldeutschen etc. spüren natürlich ganz genau, daß dem Kanzler wie Jagow Weltherrschaft etc. traditionell unsympathisch sind. Daher der Widerstand. Das Volk hat einen enormen Drang zur Macht.“). In einer Reihe von Briefen an seine Mitarbeiter und Bundesgenossen Hammann vom 14. November 1914 (DZA Po Nachlaß Hammann), Hertling 15. November 1914 (Bayer. Hauptstaatsarchiv [BHStA] MA I 961), Weizsäcker 10. November 1914 (Privatnachlaß Weizsäcker), und an Loebell 2. Januar 1915 (BA Nachlaß Loebell) distanzierte sich der Kanzler von der Kriegzielbewegung: „Das Volk verlangt für den Frieden viel, wohl zu viel, und Sie wünschen, daß ihm bald das Erreichbare unverrückbar vorgezeichnet werde. Mir will es noch vermessen erscheinen, der Vorsehung die Hand führen zu wollen. Ein deutsches Reich, das mit der Depossedierung Englands, der Annektion Belgiens, Nord- und Ostfrankreichs, der baltischen Staaten und Polens sich zum Herrn des Kontinents und der Welt aufwürfe, wäre ein Traum – vielleicht weil unreal noch nicht einmal ein schöner. Aber auch wenn man seine Konturen beschneidet, bleibt es noch ein Traum. Die Grenzlinien werden nur von unserer militärischen Stärke gezogen werden können. Und die schwebt trotz aller Zuversicht noch im Dunkel.“

⁷¹ Für Bethmanns Motivierung siehe seine Telegramme vom 31. August 1914 an das AA: „Trotz berechtigter Zuversicht auf schlußnahen siegreichen Kriegsausgang muß sich öffentliche Meinung größte Geduld auferlegen und auf langwierigen schwersten Opfer verlangenden und auch Rückschläge mit sich bringenden Kriegsverlauf gefaßt machen. Vorherige Escompierung des Sieges namentlich jede Erörterung möglicher Landeroberungen sei es in Europa sei es in Kolonien ganz deplaziert. Sicherheit gegen zukünftige Kriege auf absehbare Zeit wird erstes Ziel sein müssen. Presse muß auf diesen Ton gestimmt werden.“ AA GHQ, 240 und AA Wk No. 8, Bd. 8, wiederabgedruckt in Deist, *Militär und Innenpolitik I: a. a. O.*, S. 70, sowie Riezler's Richtlinien, 19. Oktober 1914, AA GHQ 284, ebenda, S. 78ff. Vgl. Anmerkung 38.

halb weil diese Regierung die Zeit großer Worte, die nur Worte geblieben wären, nicht für gekommen hielt. Man wollte von dem einmal gefaßten Plan nicht abgehen und begann die Regierung, die ihn nicht mitmachen wollte, systematisch zu befehlen. Ein Beispiel für diese Geistesverfassung gibt ein an den Reichskanzler gerichteter Brief des Vorsitzenden des Alldutschen Verbandes, General der Kavallerie z. D. Freiherrn v. Gëbsattel, der nebst der vom Reichskanzler dem General erteilten Abfuhr in Anlage beigelegt wird⁷².

Leider fand der Alldutsche Verband auch für diese Aktion Unterstützung nicht nur in den Kreisen der Konservativen [S. 14:] und nationalliberalen Parteien, sondern auch bei den großen Wirtschaftsverbänden. Wenn auch die Parteien und Verbände nicht wie der Vorsitzende des Alldutschen Verbandes bis zur Drohung mit einer Revolution gingen, so liefen sie doch in Parlament und Presse Sturm gegen das von einer „schlappen“ Regierung erlassene Kriegszielverbot, verfaßten weitgehende Kriegszielresolutionen oder suchten unter der Hand ihre Friedensprogramme in der Bevölkerung zu verbreiten, ohne sich um die Wirkung auf das Ausland und auf die Bedrohung der geschlossenen Front im Innern zu kümmern, die nur durch ein Festhalten an dem Verteidigungscharakter des großen Krieges zu sichern war⁷³.

Trotz aller Bemühungen der Regierung, die beteiligten Parteien und Verbände von der Verfehltheit, ja Schädlichkeit ihrer Aktion zu überzeugen, trotz der mehrmaligen vertraulichen Aufklärungen über die militärische und politische Lage, wie über die Stellung der Regierung zu den Fragen möglicher Gebietserweiterung in Ost

⁷² Die Originale der Bethmann-Gëbsattel Korrespondenz sind in DZA Po Rkz 1415, wiederabgedruckt in Class' Wider den Strom, S. 386 ff., 405 ff. Vgl. auch die Stelle des Riezlerschen Entwurfes für den Brief vom 13. Mai, die gestrichen wurde: „Kein Mensch, auch der Vorsitzende des Alldutschen Verbandes nicht, hat ein Recht, anzunehmen, daß die Regierung auf die Ausnutzung unseres Sieges verzichten würde, wenn ein solcher Verdacht durch nichts anderes bestätigt wird, als durch urteilloses Gerede und die Tatsache, daß die Regierung aus den Interessen der Landesverteidigung und der auswärtigen Politik die öffentliche Diskussion der Kriegsziele zur Zeit noch verhindert. Die Regierung hat die einfache Pflicht sich von der Linie, die ihr diese Interessen vorschreiben, weder durch Ermahnungen noch durch drohende Hinweise auf eine Revolution abbringen zu lassen, auch dann nicht, wenn die Hinweise von den treumonarchischen Kreisen ausgehen, zu denen ich Eure Exc. rechnen muß.“ Die beiliegende Kriegszielenkschrift der Alldutschen forderte reale Sicherheiten, d. h. Grenzen die 1. militärisch besser wären und 2. die Entwicklung und innere „Gesundung des deutschen Volkskörpers“ garantierten. Konkret hieß das Siedlungsland im Osten in den slawischen und baltischen Grenzprovinzen, im Westen eine militär-wirtschaftliche Grenze von der nordfranzösischen Kanalküste bis zu Verdun-Belfort und Kolonialausdehnung, das ist ein phantastisches Maximalprogramm.

⁷³ Die Texte der Verbändeeingabe vom Mai 1915 und der Kriegszielresolutionen der Parteien vom Herbst 1915 sind in S. Grumbach, Das Annexionistische Deutschland, Lausanne 1917, und in Edwyn Bevan, German War Aims, New York 1918, abgedruckt. Neben den Parlamentarier-Memoiren von Westarp, Schiffer, Payer, Haussmann und Scheidemann vgl. auch Marvin L. Edwards, Stresemann and the Greater Germany 1914-1918, New York 1963, S. 54 ff. Während des ersten Halbjahrs von 1915 versuchte die Kriegszielbewegung ihre Ziele durch direkten Druck auf den Kanzler zu erreichen, aber Bethmanns schroffe Zurechtweisung und die stellenweise scharfe Handhabung der Zensur brachten Class zu der Einsicht, „daß es für ihn gar keinen Zweck habe, dort zu verkehren“, wie er der Gesamtvorstandssitzung des ADV am 24. Oktober 1915 mitteilte. Während die Parlamentarier weiter die Regierung bearbeiteten, gingen die Alldutschen danach zur offenen Fronde und Kanzlerstürzung über; DZA Po Rkz 1416.

und West, die der Reichskanzler den Führern der Parteien und Verbände erteilte, wollte man den nach der militärischen Lage verfehlten Plan nicht fallen lassen. Während des ganzen Jahres 1915 war die Frage der Freigabe der Kriegsziele der Brennpunkt einer heftigen Agitation gegen den Reichskanzler⁷⁴.

[S. 15:] Mit dem Frühjahr 1916 rückte die Kriegszielfrage in den Hintergrund. Mittelpunkt der Opposition und Agitation wurde die U-Bootfrage. Die Kriegszielpropaganda hatte an Zugkraft verloren; immer weitere Kreise begriffen, daß die Haltung der Regierung die einzig mögliche und richtige war, daß es unsinnig war, der Armee vorzuschreiben, was sie zu erobern habe und die Länder der noch nicht niedergeworfenen Feinde auf der Landkarte zu verteilen. Die politischen Parteien selbst begannen nachdenklich zu werden und die kühleren Köpfe sahen ein, daß der Plan einer Agitation für Eroberungen zwar aus patriotischer Begeisterung, aber aus einem Irrtum über die Kriegslage entsprungen, ein politischer Fehler war.

Gleichzeitig ging in jenen Kreisen eine psychologische Veränderung vor sich. Auf die großen Hoffnungen, die man zu Beginn des Krieges gehegt und dann weiter genährt hatte, folgte als natürliche Reaktion eine Enttäuschung, die nur dazu neigte, in der Beurteilung der allgemeinen Lage ebenso nach der pessimistischen Seite auszuscherfen, wie man vorher nach der optimistischen ausgeschweift war. Auch dies ist menschlich. Innerlich desorientiert weil der Krieg nicht der leichte war, den man geträumt, [S. 16:] weil die Feinde nicht, wie man erwartet hatte, morsch zusammenbrachen, begann man all das Ungeheure, was von den Armeen in West und Ost geleistet worden, in seiner Bedeutung zu unterschätzen. Dazu kam die durchaus richtige Einsicht, daß die Hochburg des Widerstandes in England, der Rückhalt aller Feinde in dem englischen Kriegswillen liegt, und, daß solange England nicht zu Boden geworfen wird, die großen Ziele, die man erhoffte, sich nicht erreichen lassen⁷⁵.

Im Jahre 1915 hatten die U-Boote England manchen Schaden zuzufügen, den Lebensnerv Englands indes mit den damals vorhandenen Mitteln nicht im entferntesten treffen können. Sie hatten leider gleichzeitig einerseits die englischen Abwehrmittel entstehen lassen und entwickelt, andererseits die neutralen Widerstände gegen die Verwendung dieser, die Interessen der Neutralen nun einmal aufs schärfste ver-

⁷⁴ Bethmann erklärte seine Ziele in persönlichen Gesprächen z. B. mit Hertling am 5. Dezember 1914, BHStA, MA I, 962; mit Stresemann und Rötger am 8. Dezember, AA Nachlaß Stresemann, Bd. 139, abgedruckt bei Zechlin, Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche, a. a. O., No. 24, S. 335; und mit Sozialdemokraten wie Heine im Februar und dem ganzen Vorstand Ende Mai, vgl. Matthias-Müller (Hrsg.), Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914–1918, Düsseldorf 1966, S. 106, 127 u. a.; Riezler Tagebuch, 1., 4., 8. April 1915, Parteiführerbesprechung, 15. Mai, DZA Po Rkz 2442/12 und Wirtschaftsführerbesprechung, 17. Mai, und Stresemann Protokoll, Stresemann Nachlaß, Rolle 3056. Für Bethmanns Beurteilung der annexionistischen Fronde siehe auch seinen langen Brief an Valentini vom 9. Dezember 1915, in dem er die Eingabe von Loebell kritisierte: „Je weniger sich in der Folge die Hoffnungen auf schnelle und entscheidende Niederwerfung der Feinde erfüllten, umso mehr glaubten unsere Chauvinisten ihre Bravour und ihren Nationalsinn dadurch beweisen zu müssen, daß sie möglichst machthungrige Kriegsziele aufstellten und jeden, der ihnen die Gefolgschaft verweigerte, als unnationalen Schwächling brandmarkten.“ DZA Me (Merseburg) Nachlaß Valentini. Jetzt auch bei Deist, Militär und Innenpolitik I, S. 271 ff. und J. Schellenberg in Jahrbuch für Geschichte 2 (1967), S. 229 ff.

⁷⁵ Der Umschwung von Kriegszielen auf U-Bootkrieg als Kernpunkt der Propaganda zeichnet sich schon in Class' Rede auf der Alldeutschen Gesamtvorstandssitzung vom 24. Oktober 1915 ab, in der er die Regierung des längeren wegen ihrer Schwäche Amerikas gegenüber und der Ausschaltung Tirpitz' angriff; DZA Po Rkz 1416.

letzenden Waffe, geweckt und organisiert, insbesondere durch den ungeheuren Eindruck des Lusitaniafalles die amerikanischen Massen einer England freundlichen Regierung zu jeder deutschfeindlichen Politik in die Hand gegeben – ohne das dies Mittel damals schon stark und ausreichend genug gewesen wäre, um uns in den Stand zu setzen, der Summe dieser Widerstände zu trotzen. [S. 17:] Aber schon im Jahre 1915 hatte der Eindruck der Heldentaten unserer U-Bootkommandanten und die übrige Propaganda für diese Waffe in weiten Kreisen die größten Hoffnungen geweckt und diese Waffen in den Augen des Volkes – vor der Zeit – als die Waffe der Entscheidung gegen England erscheinen lassen⁷⁶.

Als nun im Frühjahr 1916 verlautete, daß die obersten Marinestellen die Waffe für ausreichend hielten, um England, wie es hieß, auf die Kniee zu zwingen, als von Mund zu Mund um ein vielfaches zu große Zahlen verwendungsbereiten [sic] U-Boote verbreitet und überall die Aussicht propagiert wurde, die Vereinigten Staaten würden sich beugen und all ihr Widerstand sei nur Bluff, als ferner im amerikanischen Kongreß sich tatsächlich Anzeichen einer Gegnerschaft gegen die Wilsonsche Politik zeigten – was war da natürlicher, als daß gerade die Kreise, die die Kriegszielpropaganda getrieben hatten und unter der Auswirkung jener psychologischen Reaktion gegen ihre großen Hoffnungen standen, sich mit verdoppelter Leidenschaft auf dies neue Thema warfen und in den Vordergrund ihrer Propaganda die Forderung nach der rücksichtslosen Anwendung [S. 18:] der Waffe stellten, von der gewiß die meisten ehrlich glauben mochten, daß sie ihnen alle Hoffnungen wiederbringen würde. Dieselben Menschen, die vordem unter Berufung auf die militärische Lage jene großen Ziele aufgestellt hatten, begannen nunmehr unter Berufung auf die Ausichtslosigkeit des Landkrieges, die Verwendung der U-Bootwaffe als ultima ratio zu fordern. Aber statt Fühlung mit den verantwortlichen Stellen zu suchen, auf deren Wink zu warten, suchte man, nachdem man nun einmal durch die verfehlten Pläne des Herbstes 1914 in eine Frontstellung gegen die Regierung geraten war, [sic] – statt zu warten, machte man aus dieser Frage das Hauptthema einer Agitation gegen den Reichskanzler und begann ihn als schlapp zu verschreien, weil er die Kriegsmittel aus Schonung der Feinde nicht rücksichtslos anwenden wollte, ebenso wie man ihn vordem als schlapp verschrieen hatte, weil er keine großen Ziele aufzustellen wagte. Leider ermöglichte die Unstimmigkeit im Schoße der Regierung selbst, daß alle die Häupter dieser Agitation wie alle diejenigen, die aus inneren politischen Gründen zu Mißtrauen gegen den [S. 19:] Reichskanzler geneigt sind, sich für die Beurteilung der Waffe auf hochstehende und verantwortliche Männer der Marine berufen konnten⁷⁷.

⁷⁶ A. von Tirpitz, *Deutsche Ohnmachtpolitik im Weltkriege*, Hamburg 1926; H. von Pohl, *Aus Aufzeichnungen und Briefen*, Berlin 1920; G. A. von Müller, *Regierte der Kaiser?*, Göttingen 1959. Siehe auch A. Michelsen, *Der U-Bootskrieg 1914–1918*, Leipzig 1925; A. Spindler, *Der Handelskrieg mit U-Booten*, Berlin 1932, 3 Bde; und Karl E. Birnbaum, *Peace Moves and U-Boat Warfare*, Uppsala 1958. Für die Beziehungen zu Amerika vgl. E. R. May, *The World War and American Isolation*, Cambridge 1959 und A. S. Link, *Wilson, The Struggle for Neutrality 1914–1915*, Princeton 1960.

⁷⁷ Für Beispiele der U-Bootagitation siehe die anonymen „Dreizehn Briefe eines Marineoffiziers“ in Wahnschaffe an Berge, 8. Juni 1916, und die gesamte Tätigkeit des Admirals Thomsen, der in vervielfältigten Briefen wie dem am 6. Juli 1916 das Märchen verbreitete, daß Bethmann über den Skagerraksieg bestürzt gewesen sei, weil es seine Pläne für Verständigung mit England ruiniert habe. Bethmann's Ausbruch: „Ich halte dafür, daß dieses unverschämte Schreiben unter allen Umständen verwertet und Thomsen offiziell zur Verantwortung gezogen werden muß.“ DZA Po Rkz 1417/1. Die U-Bootsakten des Auswärtigen Amtes, Wk 18 und Wk 18 secr. und der Reichskanzlei DZA Po Rkz 2410/1 enthalten weiteres

War die Kriegszielpropaganda eine Spekulation à la hausse, so war die nun einsetzende U-Bootpropaganda von vornherein eine Spekulation à la baisse. Indes waren beide ehrlich und Motive politischer Berechnung mögen sich nur unbewußt in die patriotischen Sorgen eingeschlichen haben⁷⁸.

In dem Charakter der Propaganda als einer Spekulation à la baisse, d. h. in der Begründung des U-Bootkrieges als einer ultima ratio, lag von vornherein ihre große Schädlichkeit eingeschlossen. Es ist unverständlich, wie die Kreise, die vor und hinter den Kulissen diese Agitation betrieben und schürten, so jeder Überlegung bar sein konnten, um sich nicht der Gefährlichkeit einer Propaganda bewußt zu sein, die dem Volke immer und immer wiederholte: Dies ist das einzige, das letzte Mittel⁷⁹.

Die Reden der konservativen Abgeordneten in den Kommissionen des Landtags und des Reichstags zugunsten des U-Bootkrieges begründeten die Anwendung dieses Mittels durchweg mit der [S. 20:] Ungunst der Lage und der Notwendigkeit, die letzten Mittel zu versuchen. Auch diese Agitation wurde in der Öffentlichkeit mit den größten Mitteln betrieben. Als Beispiel sei nur auf die bekannte Petition des alldeutschen Professors Dietrich Schäfer verwiesen⁸⁰.

[S. 21:] Diese Petition sollte in nicht weniger als 750 000 Exemplaren versandt werden. Sie wurde in Restaurants, Zigarren- und Friseurläden zur Unterschrift auf-

Denkschriften- und Agitationsmaterial. Vgl. auch Baldur Kaulisch, Denkschriften zum U-Bootkrieg 1914–1918, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 9 (1970), S. 693ff. Für die außen- und innenpolitischen Gegenstände der Regierung siehe jetzt Erdmann, Riezler, S. 488ff., eine bisher unbekannte U-Bootdenkschrift Riezlers vom 30. April 1916.

⁷⁸ Riezler Tagebuch, 12. Juni 1916: „Spekulation der Konservativen a la baisse. Sie sehen schlechten oder mäßigen Ausgang voraus – wollen schon jetzt durch den Schrei nach einer starken Politik, durch Mißtrauen in die auswärtige Politik des Kanzlers auf diese[n] die] Verantwortung lenken – sie hassen ihn persönlich – und fürchten seine innere Politik, auf seine Unbeirrbarkeit und Stärke.“ Erdmann, Riezler, S. 357.

⁷⁹ Ein Parallelfall zu den U-Booten war der Luftkrieg mit den Zeppelin, über den sich eine heftige Kontroverse entspann, da Bethmann an die kriegsentscheidende Wichtigkeit der Bombardierung Londons nicht glaubte, sondern umgekehrt annahm, daß eine Politik der Nadelstiche nur den englischen Kampfwillen stärken würde. In einem typischen Abschnitt seiner Korrespondenz summiert Graf Zeppelin die alldutschen Argumente, daß nur durch U-Boote und Zeppeline die Kriegsziele erreicht werden könnten: „Der Glaube, daß mit unseren Kriegsmitteln unsere Hauptgegner, Frankreich und England noch rechtzeitig und bis zur Widerstandslosigkeit niedergeschlagen werden können, rettet alles.“ Bethmann schrieb empört an Seckendorff, daß die von Körting gedruckten Briefe „zu agitatorischen Zwecken über ganz Deutschland verbreitet werden, um seine Autorität gegen mich ins Feld zu führen“, Schriftwechsel während d. J. 1916 in DZA Po Rkz 2410/1.

⁸⁰ Eingabe von 21 Professoren, geführt von dem alldeutschen Historiker Dietrich Schäfer, 5. Februar 1916, DZA Po Rkz 1417. „Die unterzeichneten Lehrer der Berliner Universität möchten aber den Augenblick nicht vorüber gehen lassen, ohne Euer Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß sie ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Vereinigten Staaten, wie die Presse sie meldet, als im höchsten Grade verderbenbringend erachten, als eine geradezu verhängnisvolle Verschlechterung der Lage Deutschlands in diesem seinem Daseinskampfe. . . . Sie sehen in einer nachdrücklichen tunlichst raschen Fortsetzung des Unterseebootkrieges eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Voraussetzung eines vollen Sieges über die Gegner, die unser Vaterland mit dem Untergange bedrohen.“ Für die Kämpfe über die Beantwortung der Lusitania-Note siehe B. Kaulisch, Die Auseinandersetzungen über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg innerhalb der herrschenden Klassen im zweiten Halbjahr 1916 und seine Eröffnung im Februar 1917, in: Fritz Klein (Hrsg.), Politik im Krieg, Berlin 1964, S. 90ff.

gelegt. Mit Kuverts half der Bund der Landwirte und die Rheinisch-Westfälische Gruppe für Handel, Industrie und Gewerbe in Essen aus. Auch sie begründete die Forderung des rücksichtslosen U-Bootkrieges als ultima ratio, und unterstellt [sic], daß wir in den Schützengräben in Ost und West nutzlos verbluten. Die Verfasser bedenken nicht, was es heißt, derartige Gedankengänge in 750 000 Exemplaren zu verbreiten. Ein großer Teil der Presse arbeitete bis Anfang März des Jahres 1916, dank der damaligen Unstimmigkeit der Ressorts durch die Zensur kaum behindert, mit größter Energie, um eine Entscheidung im Sinne des rücksichtslosen U-Bootkrieges zu erzwingen. Nachdem S. M. in der ersten Märzwoche in dem bekannten Sinne entschieden hatte, wurde die Behandlung der U-Bootfrage als eine rein militärische Angelegenheit bezeichnet und mit den Mitteln der Zensur gegen die bisherige Agitation eingeschritten⁸¹.

Unter der Decke ging sie weiter. Da die U-Boote einmal als ultima ratio ausgegeben waren, erscholl bei jeder Enttäuschung der militärischen Erwartungen, bei jeder ungünstigen Wendung auf irgend einem [S. 22:] Kriegsschauplatz, bei jedem neuen Anzeichen von Ausdauer und Fähigkeit bei den Gegnern nur der Ruf: die U-Boote allein können helfen. Die amerikanische Haltung in der Sussexfrage hat zwar weite Kreise darüber belehrt, daß die vordem geflüstert verbreitete Auffassung, daß Amerika nur bluffe, unhaltbar ist. Aber die einmal angeregte Agitation paßte sich der neuen Lage schnell an. Nun hieß es, es wäre Schuld der Schlappeit der Regierung gegenüber Amerika im Lusitaniafall, daß die Dinge soweit gekommen wären. Niemand erinnerte sich, wie die internationale Lage im Augenblick des Lusitaniafalles war, niemand bedenkt, daß damals ein Konflikt mit Amerika menschlicher Voraussicht nach zu einer sofortigen Aufrollung der gesamten Balkanfrage in einer für uns militärisch nicht mehr erträglichen Art geführt hätte. Mit der gleichen Leichtherzigkeit, wie man vor dem Kriege die Kräfte unserer europäischen Gegner eingeschätzt hatte, begann man jetzt auch über den Krieg mit Amerika als eine in ihren direkten und indirekten Folgen leicht zu nehmende Angelegenheit hinwegzugehen. Daß Holland und Dänemark gegen uns marschieren könnten, gilt Herrn Dietrich Schäfer als eine nicht ernst zu nehmende [S. 23:] Erwägung⁸².

⁸¹ In seinem Tagebuch zeichnete Riezler die Entscheidungen auf: 7. März: „Dumm die Pressehetze – die von dem Reichsmarineamt organisierte Piazza – am 2. März alles auf Verabredung los mit der wilden Forderung. Wut des Kaisers darüber – nun verdammen das alle offen Holtzendorff Falkenhayn. Schärfster Befehl an Tirpitz. Kabinettschreiben, worin ihm aufgetragen wird, die betreffende Abteilung des Reichsmarineamts Holtzendorff zu übergeben. Die Hetze ist auch wirklich zu unglaublich – sie wird ganz offen betrieben. Marineoffiziere erscheinen beim Lokalanzeiger und versuchen, ihm eine Schwenkung beizubringen unter gleichzeitig verführerischen Verlagsangeboten.“ Tirpitz gab mit seiner taktischen Übertreibung im Bundesrat („200 fertige U-Boote!“) Bethmann die Handhabe, seinen stärksten Nebenbuhler und den Vertreter des scharfen Imperialismus in der Regierung nach jahrelangem Kleinkrieg endlich zu entfernen. 10. März: „Die U-Boothetze in der Presse ist nun von Falkenhayn, der nun die Haltung des Kaisers gesehen hat, mit Gewalt gestoppt.“ Erdmann, Riezler, S. 337 ff. Ein wichtiges neues Dokument dieser Kämpfe ist Bethmanns „Aufzeichnung“, BA Kl. Erw. 342-1.

⁸² Vgl. dazu auch die Antwort Riezlers vom Mai 1916 auf die gedruckte Denkschrift des Berliner Historikers Eduard Meyer (März 1916): „Ich sehe vollkommen ein, daß die Massen sich innerlich schwer von der Hoffnung England niederzuringen trennen, weil sie damit die Hoffnung auf einen vollständigen Sieg aufgeben müssen. Wenn nun diese Hoffnung eine Chimäre ist, so hat es doch keinen Sinn, um dieser Chimäre willen wie ein eigensinniges Kind auch auf alles Erreichbare zu verzichten, und die Existenz des ganzen Landes in den Wind zu schlagen.“ Riezler deckte dann die Grenze der Fronde auf: „Die Volkstimmung,

Je ernster die militärische Lage wurde, desto mehr trat an Stelle der Kriegszielagitation die U-Bootfrage. Mit verschwindenden Ausnahmen dürften alle, die an dieser Agitation beteiligt sind, an eine ausreichende Wirksamkeit dieser Waffe glauben. Die Idee, England abzusperrern, ist so leicht und schön, die Sachverständigen, so wird behauptet, haben amtlich erklärt, daß es möglich sei, die Zahl der vorhandenen Boote soll sehr groß sein: wie soll der nicht unterrichtete Mann im Volke da nicht glauben, daß auch in dieser Frage die Regierung, deren „Schlappheit“ man schon vor dem Kriege und während des Krieges in der Kriegszielfrage bei jeder Gelegenheit angegriffen hatte, nur aus Mangel an Mut nicht tut, was doch so einfach und klar scheint. Dazu kommt, daß England, das Land, das durch den Krieg am wenigsten berührt ist, dem man nicht militärisch beikommen kann, gerade deshalb allen Haß auf sich zieht⁹⁸.

Die Parteien, die sich einmal in der Kriegszielfrage aus dem bewährten Irrtum heraus in eine Frontstellung gegen die Regierung festgerannt und mit dem U-Bootkrieg nur das Thema gewechselt haben, sind dieselben, die schon vor dem Kriege – sehr zum Schaden der auswärtigen Politik – [S. 24:] eine starke Machtpolitik agitatorisch vertreten haben. Sie mögen innerlich den Fehler fühlen, den sie mit der Kriegszielagitation begangen haben, mögen auch fühlen, daß die Schrecken des Krieges und die Leiden des Volkes die Empfindungen der Massen nach dem Kriege in eine Richtung lenken, die jener Agitation der großen Machtworte, wie sie vor dem Kriege betrieben wurde, wenig Erfolg verspricht. Die über die verwickelten Zusammenhänge der U-Bootfrage aufgeklärten Parteiführer fühlen, daß die Frage schwieriger liegt, als die Agitation es vorgibt, mögen auch unter vier Augen der Haltung der Regierung zustimmen – sie werden die Geister, die sie vor und nach dem Kriege gerufen haben, nicht los, sind in den Konsequenzen ihrer Irrtümer verstrickt und müssen, gerade weil der Nationalismus den Boden im Volke zu verlieren beginnt, sagen können: wir hatten doch recht, die U-Bootfrage beweist, daß die starken Methoden zum Siege führen, mit den U-Booten hätten wir die großen Kriegsziele erreichen können, nur die von uns immer verurteilte Schlappheit der Regierung ist schuld, wenn der Krieg so lange und so schrecklich ist und nicht zu dem Ergebnis führt, das wir hoffen und brauchen. Auf diesen Ton wird [S. 25:] die Agitation nach dem Kriege sich von selbst einstellen, durch die innere Logik der Partei-

auf die sich berufen, ist mir bekannt. Sie entspringt den vielen gefühlsmäßigen Meinungen einer lauten Minorität, die manche auch ruhig denkende Kreise durch eine einseitige Berichterstattung die bewußte oder unbewußte Hingabe an verlockende aber nicht reale Phantasien in ihren Bann gezogen hat.“ DZA Po Rkz 2410. Typisch für die Schätzung des militärischen Gewichts des amerikanischen Kriegseintritts ist die schnoddrige Äußerung Ludendorffs an Treutler: „Ich pfeife auf Amerika.“ Janssen (Hrsg.), *Die graue Exzellenz*, a. a. O., S. 209 ff.

⁹⁸ Der Stellenwert der U-Bootsfrage ergibt sich aus einem Rundschreiben von Class an den geschäftsführenden Ausschuß des ADV, 14. März 1916, DZA Po Rkz 1417: „Ob die Bundesfürsten unserem Vaterlande aus der höchsten Not helfen werden, ist mehr als zweifelhaft; die Presse ist nach wie vor geknebelt, öffentliche Erörterungen in Versammlungen sind ausgeschlossen, sodaß allein die Volksvertretungen in der Lage sind, dem in der Sache auf Hochverrat hinauskommenden Treiben des Reichskanzlers und seiner Sippe entgegenzutreten.“ Vgl. auch die Anklage wegen Hochverrats des völkischen Schriftstellers Heinrich Pudor, vom 3. Juli 1916, die als Punkt 3–5 einschloß: „Nichtausnutzung und teilweise Lahmlegung der Hauptkampfmittel und Kriegswaffen (U-Boot), Begünstigung des Hauptfeindes England und Schonung Belgiens und Frankreichs, Demütigung und Preisgabe der Ehre und Würde des Vaterlandes vor Amerika zu Gunsten des Hauptfeindes England.“ DZA Po Rkz 2410.

verhältnisse, nicht durch den bewußten oder berechnenden Willen der Führer, die gewiss nicht kühl aus Parteiinteresse handeln, nicht Führer, sondern die unbewußt Geführten, Sklaven der einmal geschaffenen Lage sind⁸⁴.

Die Agitation im einzelnen hat durchaus revolutionäre terroristische Allüren. Gerüchte werden erfunden, und in der Psychose, die sich der Geister bemächtigt hat, wohl bereits von dem Erfinder geglaubt. Kaum ist der Seesieg am Skagerrak erfochten, so heißt es schon, der Reichskanzler wäre darüber betrübt und habe dem Admiral Scheer sagen lassen, er durchkreuze seine Politik einer Verständigung mit England. Ein Alldeutscher teilt es dem anderen brieflich mit, und alte Professoren glauben es. Der Angriff auf Verdun soll auf Betreiben der politischen Leitung erfolgt sein, die Frankreich schon habe zusammenbrechen sehen. Die Broschüren werden in Tausenden von Exemplaren in Kisten verpackt, wahllos an irgendwelche Männer, die sie dann unter der Hand vertreiben sollen, verschickt. Das ungedruckte Material wird von Verband zu Verband, von Redaktion zu Redaktion gesandt. Es enthält gefälschte [S. 26:] Denkschriften, Aufzeichnungen über Äußerungen irgendwelcher Männer, die mit der Regierung in Verbindung stehen sollen, einige durch Vertrauensbruch in die Hände der Alldeutschen geratene echte Schriftstücke, Briefe des Grafen Zeppelin oder die bekannte im Admiralstab gefertigte U-Bootdenkschrift des Bankiers Fus. In den an dieser Propaganda beteiligten Zeitungen werden alle Persönlichkeiten, die einen anderen Standpunkt vertreten oder sich auch nur dieser Agitation nicht anschließen wollen, in einer wahrhaft terroristischen Methode bekämpft, ihre Äußerungen entstellt und trotz aller Berichtigungen in entstellter Form wiederholt – so daß die wenigsten Lust verspüren, sich diesem Treiben auszusetzen⁸⁵.

⁸⁴ Riezler fand die U-Bootsagitation ein „erschütterndes Schauspiel: Deutschland wie ein Taumelnder, der den Abgrund entlang geht, nichts sehnlicher wünscht, als sich hineinzustürzen“, Tagebuch, 24. April 1916. Als Bethmann in der Sussexkrise wieder siegreich blieb, fügte er am 7. Mai hinzu: „Hier ging mit der öffentlichen Meinung alles sehr gut. Die meisten, die noch vorgestern am lautesten nach dem rücksichtslosen U-Boot[krieg] brüllten, haben eben doch Angst gekriegt. Wenn man diese ganze Kampagne überdenkt, hellichter Wahnsinn. Ursprünglich eine Idee von Tirpitz, der das A.A. damit ärgern wollte, aber an die Verwirklichung nicht dachte. Verbrechen.“ Erdmann, Riezler, S. 349, 354. Obwohl die Frage schon einzeln früher auftauchte, waren die eigentlichen U-Bootsitzungen mit den Parteiführern die Besprechungen vom 14. März 1916 (in der Helfferich den Kanzler unterstützte), vom 5. August (mit den konservativen Landtagsführern), und vom 5. September und 7. Oktober 1916, alles Wahnschaffe-Protokolle, DZA Po Rkz. Für seine Darlegungen vor dem Bundesrat siehe Lerchenfeld-Bericht vom 15. März, BHStA MA I 966, 4. Mai, ebenda MA III 2691/9, Wahnschaffe-Protokoll vom 8. August und Bayrische Protokolle, 7./8. August 1916 (sekundiert von Helfferich), und Lerchenfeld-Protokoll, 31. Oktober 1916, BHStA MA I 966. Für Bethmanns Stellungnahmen im Hauptausschuß siehe H. P. Hanssen, *Diary of a Dying Empire*, Bloomington 1955, S. 135 ff. Siehe auch Bethmann zum Staatsministerium, 15. Februar 1916, 15. März, 19./28. August 1916, DZA Me Rep 90a B III 2b No. 6, Bd. 165.

⁸⁵ Die Methoden der Agitation sind detailliert beschrieben in Rohrbach an Bethmann, 26. Mai, der Hobohm dahingehend zitiert, daß „ganz offen geplante Angriffe gegen die Person Ihrer Exzellenz innerhalb des alldeutschen Feldzugplans eine ganz besondere Rolle spielen“. Die notorischste Schmähschrift war das pseudowissenschaftliche Buch des Gießener Chemikers Hans von Liebig (des Herausgebers der völkischen Korrespondenz „Zu neuen Ufern“): *Die Politik von Bethmann Hollweg*, München 1916, 2 Bände, dessen 3. Band „Das B-System als Sieger“ im April 1917 in Berlin trotz Zensur erschien. Liebig verglich das A(Alldeutsche)-System mit dem inferioreren B(ethmann)-System, und in seiner Korrespondenz mit u. a. dem Verleger Lehmann und dem Antisemiten Bodelschwing hetzte er gegen den

Was hier vor sich geht, ist eine schwere Krise des öffentlichen Geistes. Der Krieg ist auch für die politischen Anschauungen der Zeit vor dem Kriege eine Revolution. Die alten Anschauungen und die auf ihnen beruhenden Methoden der politischen Parteien haben den Boden unter den Füßen verloren. Diese Agitation ist der krampfhafteste Versuch, ihn wiederzugewinnen und zu bewahren⁸⁶.

Die Monarchie und der Staat darf in diese Krise nicht hineingezogen werden. [S. 27:] Es liegt in der Hand der Ereignisse, ob diese Agitation das Feld behaupten kann oder elend zusammenstürzt. Nur ein Staat, dessen Leitung sich bestrebt hat, nach bestem Wissen und unbeirrbar sachlich zu entscheiden, wird von den jähren Schwankungen der Meinungen unerschüttert bleiben können, die der Kampf des Alten mit dem Neuen, aufgewühlte Leidenschaft und ein Geschehen hervorruft, das alles bisher Gewohnte von Grund aus umgestalten muß⁸⁷.

Kanzler. Vgl. auch Class' Pamphlet, *Vertrocknete Herzen*, Pfingsten 1916, ein scharfer Angriff auf die Zensurpolitik. Ein anderes anschauliches Beispiel ist die anonyme Flugschrift *Entweder-Oder?*, die in der Frage ausklingt: „Wo ist der Mann, der Deutschland errettet?“ (vermutlich durch den U-Bootkrieg). Die Führung der Kriegsziel- und U-Bootsagitation übernahm im Sommer 1916 der von Dietrich Schäfer gegründete Unabhängige Ausschuss für einen Deutschen Frieden, der für die ADV die Fronde koordinierte. Vgl. auch K. H. Schädlich, *Der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden*, in: *Politik im Krieg*, a. a. O., S. 50 ff.

⁸⁶ Die beste zeitgenössische Strukturanalyse der Fronde ist die Denkschrift des Bayerischen Kriegsministers Kress von Kressenstein, 5. August 1916, BHStA MA 95 448, jetzt auch in Deist, *Militär und Innenpolitik I*, S. 406 ff. „Die Bestrebungen politischer Parteien schneiden sich mit denen wirtschaftlicher Verbände, jede Partei und Interessenvereinigung hat ihre Außenseiter, die Politik auf eigene Faust machen, sodaß die überraschendsten Kombinationen möglich sind. Neben den Fragen der auswärtigen Politik spielen innerpolitische Anschauungen und Interessengegensätze eine Rolle, so sehr, daß sogar vielfach behauptet wurde, erstere seien von gewissen Gegnern des Kanzlers nur zum Vorwand genommen.“ Konkret rechneten dazu: „Daß ein großer Teil der Alldeutschen mit allen Mitteln auf den Sturz des Kanzlers hinarbeitet, wird von ihnen offen zugegeben. . . . Sie verlangen ein größeres Deutschland mit weitgehenden Gebietserwerbungen im Osten, Westen und in den Kolonien sowie die Er kämpfung der Seeherrschaft. Sie fordern daher rücksichtsloseste Anwendung aller Kriegsmittel zu Wasser und zu Lande, insbesondere der U-Boote und der Luftkreuzer, sowie schärfstes Vorgehen gegen Amerika. In allen diesen Beziehungen erachten sie den Kanzler für zu gemäßigt, seine „Bekehrung“ durch Agitation für aussichtslos, daher das Lösungswort: Der Lange muß fallen. . . . Ihre Gefolgschaft finden die Alldeutschen hauptsächlich in den Kreisen des gebildeten Beamtenstandes und der Hochschullehrer, unter der Führung von Geschichtsprofessoren, Geographen und Ethnographen. Innerpolitische Motive spielen bei den Alldeutschen als solche kaum herein, doch gehören natürlich zahlreiche ihrer Mitglieder politischen Parteien an, bei denen die innerpolitischen Beweggründe sehr maßgebend sind.“ Zu solchen gehören der Großgrundbesitz, die Schwerindustrie, die konservative Partei (innenpolitisch der Neuorientierung feind), die Mehrzahl der Nationalliberalen und ein chauvinistischer Teil des Zentrums, besonders der süddeutsche Flügel und Minderheiten der gemäßigten Linken.

⁸⁷ Bethmann an Valentini, 9. Dezember 1915: „Eine Politik der Ermutigung chauvinistischer Tendenzen und der Vorspiegelung weltherrschender Luftschlösser mag notwendig gewesen sein, um das deutsche Volk für den Bau einer im Endziel an die englische Seemacht heranreichende Flotte zu gewinnen. Der Weg von den konservativen Stichwörtern der ‚gräßlichen Flotte‘ und dem ‚Kein Kanitz keine Kähne‘ bis zu den Reventlowschen Artikeln der Deutschen Tageszeitung war lang und beschwerlich. Nach dem Kriege kann diese Politik nicht weitergetrieben werden. So stark und fest in dem Bewußtsein der ganzen Nation die

Überzeugung von der Notwendigkeit einer starken Verteidigungsrüstung liegt und so wenig daran zu zweifeln ist, daß diese Rüstung bewilligt und getragen werden wird, so wenig wird die Masse des Volkes eine mit dem Säbel rasselnde Rüstungs- und Krieg-in-Sicht-Politik vertragen, wie sie von den alldeutschen Radomontaden unzertrennlich ist. Einer Regierung, die dann noch eine Politik mit doppeltem Boden treiben sollte, würde das Volk zum Abgrund führen.“ DZA Me, Nachlaß Valentini. Publizistisch versuchte Riezler diese „besonnene Machtpolitik“ in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung zu vertreten, in dem er der Linken für die „Unterstützung der machtpolitischen Staatsnotwendigkeiten“ eine beschleunigte innere Neuorientierung anbot um so zu einem „deutschen Programm“ zu gelangen, „das die überwiegende Majorität des deutschen Volkes auf sich vereinigen würde.“ In dem Aufsatz über „Alldeutsche Irrwege“, der am 7. August 1916, also fast gleichzeitig mit der obigen Denkschrift verfaßt ist, argumentierte er, daß die Rechtsextremisten „auf das allerschärfste von allen Besonnenen bekämpft werden müssen“, weil sie diesen gemäßigten Reformimperialismus unmöglich machten. Erdmann, Riezler, S. 568 ff., 583 ff. und für weitere Tagebuchbelege auch S. 401 f., S. 448 f.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Wolfgang Jacobmeyer, Wissensch. Mitarbeiter im Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b

Dr. Konrad H. Jarausch, Associate Professor am History Department, University of Missouri, 143 Arts and Science Building, Columbia/Mo. 65201, U.S.A.

Dr. Rolf Steininger, Wissensch. Assistent am Historischen Seminar der Technischen Universität Hannover, 3 Hannover, Schneiderberg 50